

MITTEILUNGEN

Katholische Kirche und polnische Nation in Preußen 1871–1918. Deutsch-polnischer Workshop in Marburg

Ein neuartiges Konzept lag dem Workshop „Katholische Kirche und polnische Nation in Preußen 1871–1918“ zugrunde, der vom 7. bis 10. April 1997 polnische und deutsche Nachwuchshistoriker ans Herder-Institut in Marburg führte. Das von Gottfried Schramm (Freiburg) und Albert Kotowski (Bonn/Freiburg) konzipierte Seminar brachte jeweils sieben polnische und deutsche Teilnehmer zusammen und bildete den Auftakt zu einer Reihe ähnlicher Veranstaltungen, die das Marburger Herder-Institut gemeinsam mit dem Deutschen Historischen Institut in Warschau ausrichten will. Der Grundgedanke läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Ein freier, durchgängig zweisprachiger Gedankenaustausch unter der Leitung akademischer Lehrer soll, ausgehend von je einem bestimmten Thema zur deutsch-polnischen Geschichte, eine Kontaktaufnahme von fortgeschrittenen Studenten und jungen Absolventen beider Länder ermöglichen. Dabei legten Schramm und Kotowski den Schwerpunkt auf eine intensive Diskussion von Materialien (Quellentexte und Aufsätze), die den 14 Nachwuchshistorikern in Form eines umfangreichen Readers vorher zugegangen waren.

Das Thema des Seminars war die Rolle der katholischen Kirche in den Auseinandersetzungen zwischen dem neugegründeten preußisch-deutschen Staat und der polnischen Bevölkerung in Preußen seit 1871, wobei Oberschlesien und Posen den territorialen Schwerpunkt bildeten. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Verknüpfung von Religion, Politik und Nationalität im Wirken der katholischen Kirche für den Aufbau und die Stärkung des polnischen Nationalbewußtseins und den Erhalt der kulturellen Identität. In Form von Fallstudien wurde in insgesamt vier Arbeitssitzungen jeweils eine Einzelfrage erläutert. Als Einstieg in die Diskussion wählten die Organisatoren das „Beispiel Oberschlesien: Die polnische Bevölkerung und die katholische Kirche“. Ausgehend von den Problemen der Bevölkerungsstatistik und ihrer jeweiligen nationalen Deutung gelangten die Diskussionsteilnehmer über eine Kurzanalyse der Bevölkerungsstruktur Schlesiens sowie Fragen der Industrialisierung und Schulbildung als Faktoren im Prozeß der nationalen Identitätsänderung – stets im regionalen Vergleich betrachtet – zu manch neuen Erkenntnissen. So ist im

Oberschlesien der Jahrhundertwende eine Diskrepanz zwischen wirtschaftlichem Fortschritt und politischer Unterentwicklung zu beobachten, während die Verhältnisse in Posen ein nahezu gegensätzliches Bild zeigen.

Dem nächsten Arbeitsgespräch zum Thema „Die Organisation der nationalen Fronten und die katholische Kirche“ ging eine Einzel- und Gruppenarbeit in der Institutsbibliothek voraus, ein deutlicher Hinweis auch auf die pädagogische Zielsetzung des Workshops. Bei der kurzen Vorstellung der in Betracht kommenden Organisationen, ihrer Trägerschichten und politischen Zielsetzungen ergaben sich erneut interessante Aspekte bezüglich der Rolle katholischer Geistlicher. So blieben sie bestimmten Organisationsformen wie etwa Turnvereinen aufgrund des traditionellen Desinteresses der Kirche am menschlichen Körper und der oft „revolutionären“ Ausrichtung bis auf wenige Ausnahmen fern. Im Zusammenhang mit der Radikalisierung der nationalen Fronten und der wachsenden Bedeutung nicht kirchlich initiierten Gruppen wurden u.a. auch Fragen der kirchlichen Kontrolle, der staatlichen Einflußnahme und der Disziplin innerhalb des Klerus angesprochen. Diese Fragen kamen auch im nächsten Arbeitsgespräch zum Thema „Beispiel Bromberg: Das Nationalitätenverhältnis und die katholische Kirche“ häufig zur Sprache. Daneben wurden noch das Bevölkerungsverhältnis, die staatliche Förderung deutscher Organisationen und die Verknüpfung von nationalen Parolen und handfesten wirtschaftlichen Interessen ostdeutscher Agrarier erörtert. Mit der Rolle der Kirche als Bewahrerin der elementaren Rechte der polnischen Katholiken und den durch Schulstreiks in die Öffentlichkeit getragenen Auseinandersetzungen sowie der Vakanz des erzbischöflichen Stuhles von 1906–1914 beschäftigten sich die Teilnehmer in der letzten Sitzung zum Arbeitsthema „Beispiel Wreschen: Die nationale Identität und die katholische Kirche“.

Ein Vergleich zwischen Schlesien und Posen bildete die abschließende Diskussion, als deren Ergebnis eine Reihe von Forschungsdesiderata, besonders in der Sozialgeschichte, festgestellt wurde. Es fehlen sowohl Monographien zur Bevölkerungsgeschichte (etwa über die Herkunft der deutschen Bevölkerung und die Entwicklung der Arbeiterschaft in Oberschlesien) sowie Studien zur Militärseelsorge und zur Rolle der Kirche bei der Schaffung von Organisationen, und nicht zuletzt zur Rolle der Frauen in der frühindustriellen Gesellschaft. Zusammenhängend mit den Forschungsdesiderata sprachen Schramm und Kotowski auch Grundsatzfragen an wie: Wozu braucht man heute eine Diskussion über Nationalität und Nationalitätenzugehörigkeit? Wozu brauchen wir Kategorien? Warum formulieren wir unsere Fragestellungen immer noch in der Tradition des 19. Jahrhunderts? Macht das heute noch einen Sinn und – viel

wichtiger – können solche Wiederholungen neue Erkenntnisse bringen? Als methodischen Ansatz schlug Schramm u.a. die Schaffung von neuen, sozialgeschichtlich orientierten Modellen vor, zugleich ermunterte er die Teilnehmer, mehr Mut zu vergleichenden Untersuchungen an den Tag zu legen.

Die anregende und immer wieder provozierende Gesprächsleitung gab den Arbeitssitzungen einen besonderen Reiz. Sie steuerte die abwechselnd auf deutsch und auf polnisch geführte Diskussion durch das bislang noch unzureichend aufgearbeitete Thema, warf Fragen wie Spielbälle in den Raum und fügte die häufig detailverliebten Gedankengänge der Teilnehmer in einen breiteren Kontext ein. Die bei manchen Polen anfänglich noch vorhandene Scheu, mit Hochschullehrern kontrovers zu diskutieren, wich mit der Zeit.

Das neue Konzept bewährte sich. Während einer der vier Sitzungen sagte Schramm mit Begeisterung: „Das, was wir in einem einfachen Rundgespräch festgestellt haben, das suchen Sie mal in der Sekundärliteratur!“ Der beispielhafte Modellversuch deutsch-polnischer Normalität führte auch neben dem offiziellen Programm zu regen Debatten, die das gesamte Feld der gemeinsamen Geschichte absteckten und dem einen oder anderen sogar die Klärung eigener wissenschaftlicher Vorhaben gebracht haben dürfte. Der Workshop war auch organisatorisch eine hervorragende Leistung. Neben dem intensiven und kompakten Arbeitsprogramm schufen Pausen eine arbeits- und kontaktfördernde Atmosphäre. So hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, außer der Bibliothek auch das Karten- und Bildarchiv des Herder-Instituts kennenzulernen.

Eligiusz Janus, Peter Oliver Loew (Gdańsk)

Deutsch-polnischer Studientag
„Die Ideen von 1791 – Wirkungen der polnischen
Maiverfassung“ vom 6. bis 9. April 1998
im Herder-Institut e.V. in Marburg

Der thematisch in insgesamt vier Blöcke an drei Vor- und zwei Nachmittagen unterteilte und unter der Leitung von Klaus Zernack und Albert Kotowski stehende zweisprachige Studientag hatte sich zum Ziel gesetzt, zum einen die politische Ideenwelt der Verfassung vom 3. Mai 1791 und ihrer Schöpfer zu ergründen und zum anderen den Spuren nachzugehen, die der Vierjährige Reichstag und die Maiverfassung im politischen Denken Polens im 19. und 20. Jahrhundert hinterlassen haben. In diesem Sinne diskutierten und stritten neben den beiden Tagungsleitern sieben deutsche und sechs polnische Nachwuchshistoriker (ein Teilnehmer aus Polen war verhindert) und bereiteten Kurzreferate zu einzelnen Themenstellungen vor. Klaus Zernack führte am Vorabend der Tagung mit einem kurzen, auf polnisch gehaltenen Vortrag in die Materie ein. Anschließend klärte der Direktor des gastgebenden Herder-Instituts, Eduard Mühle, das Auditorium über Profil und Aufgaben seines Instituts auf.

Am Dienstagmorgen wurde die eigentliche Tagung mit Eingangsstaments von Zernack und Kotowski eröffnet. Anschließend wurden unter dem Motto „1776–1789–1791: Revolution und Konstitution“ allgemeine Fragen zur polnischen Maiverfassung im Kontext der gesamteuropäischen bzw. nordamerikanischen Verfassungsentwicklung erörtert. Betont wurde dabei der evolutionäre, reformerische Charakter der Konstitution, was diese von den revolutionären Verfassungen der USA (September 1787) und Frankreichs (September 1791) abhebt. Deutlich wird dies nicht zuletzt am Fehlen eines eigenen Menschen- und Bürgerrechtskataloges. Die Einschränkung der „goldenen Freiheit“ des Adels und die Einführung eines auf dem Prinzip der Gewaltenteilung basierenden Regierungssystems geschah in Polen 1791 nicht mit dem Ziel eines Umsturzes der bestehenden Gesellschaftsordnung, sondern einer Stärkung der in ihrer Souveränität von außen massiv bedrohten polnischen Adelsrepublik. Diesem Ziel entsprechend wurde mit den die polnische Adelsfreiheit in besonderer Weise verkörpernden sogenannten „drei Kardinalrechten“ – „liberum veto“ (d.h. der Zwang zu einstimmiger Beschlußfassung des Sejm), freie Königswahl und katholischer Glaube – verfahren. Liberum veto und freie Königswahl wurden abgeschafft, da sie auswärtigen Mächten (v.a. Rußland) in der Vergangenheit immer wieder Gelegenheit zur Einmischung in polnische Angelegenheiten geboten und die Souveränität

der Republik untergraben hatten. Aus dem gleichen Grund fiel auch das Recht zur Bildung von Konföderationen. Der Katholizismus hingegen erhielt, wie bereits 1768 von der „Konföderation von Bar“ gefordert, als Staatsreligion Verfassungsrang. Zwar wurde anderen Glaubensrichtungen freie Religionsausübung zugesichert, zugleich wurde der Abfall vom Katholizismus jedoch unter Strafe gestellt. Die Sicherung dieses dritten „Kardinalrechts“ erfolgte interessanterweise mit der gleichen Begründung wie die Abschaffung der beiden ersten, hatte doch auch die seit Jahrzehnten schwelende „Dissidentenfrage“ (d.h. die rechtliche Stellung der orthodoxen bzw. protestantischen Einwohner Polens) dem Zarenreich immer wieder Anlaß zur Intervention geboten. Die Festschreibung der führenden Rolle des Katholizismus war auch insofern konsequent, als gerade die gebildete katholische Geistlichkeit seit 1772 eine Vorreiterrolle innerhalb der polnischen Reformbewegung übernommen hatte.

Den größten Teil des Nachmittagsblocks nahm die Arbeit in der Bibliothek zwecks Vorbereitung der für die folgenden Sitzungen vorgesehenen Kurzreferate ein. Dem waren eine kurze Besichtigung der Bibliothek, die im Umfang ihrer Sammlungen zur polnischen, tschechischen, slowakischen und baltischen Geschichte und Kultur in Deutschland ihresgleichen sucht, und eine sachkundige Einweisung in ihre Katalogsysteme vorausgegangen. Anschließend widmete sich das erste der vorbereiteten Referate der Bevölkerungsentwicklung Warschaws zwischen 1760 und 1860. Die für die europäischen Großstädte in dieser Zeit allgemein typischen Entwicklungstendenzen – starkes Bevölkerungswachstum und tiefgreifender Wandel der sozialen Zusammensetzung der Einwohnerschaft – lassen sich, so das Ergebnis des Referats, auch in Warschau beobachten. So nahm die Bevölkerung allein im letzten Abschnitt des Untersuchungszeitraums, zwischen 1840 und 1860, um 50% zu, zugleich stieg die Anzahl der Handwerker und der Fabriken erheblich an, während der Anteil des Adels seit 1794, dem Jahr des Kościuszko-Aufstandes, spürbar zurückging. Auch die Zahl der Juden in Warschau stieg stark an (von 15% 1818 auf schon 32% 1862). Schließlich entwickelte sich Warschau in seiner Funktion als Hauptstadt des Königreichs Polen ab 1815 auch zur Verwaltungs- und Beamtenmetropole.

Die Sitzung fand ihren Abschluß mit einem Überblick über die äußerst vielfältige Literatur zum Thema Maiverfassung. Dabei fiel auf, daß die Spuren, die die Konstitution vom 3. Mai in der polnischen Geistes- und Verfassungsgeschichte nach 1918 hinterlassen hat, im Vergleich zur Teilungszeit lange etwas vernachlässigt wurden, eine Lücke, die seit dem Jahr 1991 mit dem Erscheinen einer breiten Palette von Jubiläumsliteratur jedoch zunehmend geschlossen wird.

Das erste Referat der unter dem Leitthema „Maiverfassung – Herzogtum Warschau – Königreich Polen“ stehenden Vormittagssitzung am Mittwoch war einem der „Väter“ der polnischen Maiverfassung gewidmet, dem Priester, Schriftsteller und Politiker Hugo Kołłątaj (1750–1812). Nach dem Schock der ersten Teilung gehörte der dem ärmeren Kleinadel entstammende Kołłątaj als Bildungsreformer und zeitweiliger Rektor der Krakauer Jagiellonenuniversität zu den Wortführern einer nach ihm benannten Gruppe von Intellektuellen („kuźnica kołłątajowska“), die sich einer grundlegenden Reform des maroden politischen Systems verschrieben hatte. Ziele waren hierbei unter anderem die Einschränkung der Macht der großen Magnatenfamilien sowie eine Verrechtlichung der Stellung der Bauern und Juden. Erreicht werden sollten diese Ziele auf dem Weg einer „sanften Revolution“ („łagodna rewolucja“), während Kołłątaj einen Volksaufstand als Mittel zur Durchsetzung seiner Forderungen strikt ablehnte. Während des Vierjährigen Reichstages (1788–1792) gewann er maßgeblichen Einfluß auf den Text der Konstitution, für die er unter seinen adligen Standesgenossen eifrig warb.

Die anschließende Diskussion kreiste vor allem um die außenpolitischen Begleitumstände der Maiverfassung. Ausgehend von der Präambel der Konstitution, in der diese in Anspielung auf den Hegemonieanspruch Rußlands sinngemäß als „letzte Chance“ zur Rettung der polnischen Unabhängigkeit bezeichnet wird, wurde die Frage erörtert, was Preußen dazu bewog, den polnischen Reformbestrebungen durch den Abschluß eines Schutzbündnisses 1790 zunächst Rückendeckung zu verschaffen. Die Gründe für diese „neue Ostpolitik“ Preußens waren letztlich eigenütziger Natur. Zum einen hoffte Friedrich Wilhelm II., als Gegenleistung die schon lange begehrten Städte Danzig und Thorn zu erlangen, zum anderen hatte er zunächst noch Interesse an der Erhaltung eines polnischen Pufferstaates zwischen den beiden Großmächten Preußen und Rußland. Ohne das preußische Beistandsversprechen wären die Reformen des Vierjährigen Reichstages einschließlich der von Zarin Katharina II. mit dem Wort von der „französischen Pest an der Weichsel“ kommentierten Verfassung jedenfalls nicht möglich gewesen. Die Kehrtwende, die Preußen 1792 mit der Ablehnung eines Beistandsgesuchs König Stanisław Augusts gegen die Konföderation von Targowica vollzog und die von den Polen begrifflicherweise als Verrat empfunden wurde, sowie die sich daran anschließende Annäherung Polens an Frankreich zerstörten jedoch diese Option und leiteten über zur erzwungenen Rücknahme der Verfassung und zur zweiten und dritten Teilung.

Anschließend wurden noch einige Aspekte des Verfassungstextes an sich erörtert. Zwar beschränkte sich die von der Verfassung proklamierte

Volkssouveränität dem Zeitgeist entsprechend auf den Adel und das besitzende städtische Bürgertum, doch bot die Konstitution auch auf dem sozialen Sektor mannigfaltige Perspektiven für die Zukunft. So wurde die Gültigkeit bereits abgeschlossener Feudalverträge zwar festgeschrieben, doch wurden jedem neu angehenden Landwirt die bürgerlichen Freiheiten zugesichert. Zernack wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die soziale Mobilität im Polen des späten 18. Jahrhunderts bereits sehr hoch war, was in einem Prozeß permanenter Nobilitierung zum Ausdruck kam. Der Anteil des Adels an der Gesamtbevölkerung, der in Polen mit rund 10% ohnehin schon überdurchschnittlich hoch war, wurde dadurch noch weiter gesteigert.

Das folgende Referat beschäftigte sich mit dem Historiker, Unabhängigkeitsaktivisten und Exilpolitiker Joachim Lelewel (1786–1861) und seiner Einstellung zu den polnischen Verfassungen von 1791, 1807 und 1815. In zahlreichen historischen Werken hatte Lelewel eine eigene Konzeption der polnischen Geschichte entwickelt, in deren Mittelpunkt die Kontinuität der slawischen Landgemeinde („gminowładztwo“) stand. Diese als urdemokratisch idealisierte Form der sozialen Gemeinschaft prägte Lelewel zufolge sowohl das polnische Mittelalter als auch, in der Gestalt des „gminowładztwo szlacheckie“, das spätere Feudalzeitalter und begründete die spezifisch demokratische, freiheitliche Tradition der polnischen Geschichte, die mit der dritten Teilung 1795 unterbrochen wurde. Vor diesem Hintergrund ist auch Lelewels insgesamt positive Einschätzung der Maiverfassung zu sehen, an der er zwar das Fehlen eines eigenen Menschen- und Freiheitsrechtskataloges kritisierte, in deren Artikel IV er aber immerhin die von ihm dringend angemahnte Lösung der Bauernfrage präjudiziert sah. Die Verfassung des Großherzogtums Warschau von 1807 wie auch diejenige des Königreichs Polen von 1815, die ihrem Wortlaut nach erstaunlich fortschrittlich war, wurden von Lelewel hingegen als „fremd“, d.h. von außen oktroyiert, und der polnischen politischen Tradition widersprechend abgelehnt. Grundlage seiner Bewertung war vor allem die Präambel von 1791 mit ihrem klar formulierten Souveränitätsanspruch, dem natürlich beide späteren Verfassungen nicht genügen konnten. Lelewel war der letzte polnische Denker, der die Maiverfassung nicht nur als Symbol, sondern auch als politisches Programm verteidigte.

Die Nachmittagssitzung stand unter dem Titel „Novemberaufstand – Große Emigration – Januaraufstand“. Das Scheitern des Novemberaufstandes von 1830/31 zog die Flucht großer Teile der polnischen Eliten ins westliche Ausland, meist nach Frankreich, nach sich, wo sich rasch verschiedene politische Lager herausbildeten. Während sich die monarchistisch orientierten Konservativen im Pariser „Hotel Lambert“ um den

Fürsten Adam Jerzy Czartoryski sammelten, zerfiel die republikanische Linke rasch in verschiedene rivalisierende Gruppen. Die größte und wichtigste von ihnen, die 1832 als Spaltprodukt des ein Jahr zuvor von Lelewel gegründeten „Polnischen Nationalkomitees“ entstandene „Polnische Demokratische Gesellschaft“ („Towarzystwo Demokratyczne Polskie“, T.D.P.), wurde in einem weiteren Kurzreferat vorgestellt. Das T.D.P. bestand bis 1862, entfaltete seine hauptsächlichliche Wirkungsmacht aber in den 30er und 40er Jahren. Nachdem sich 1835 seinerseits der radikal linke Flügel abgespalten und in der sozialistisch orientierten „Gemeinde des polnischen Volkes“ („Gromada Ludu Polskiego“) neu formiert hatte, setzte sich innerhalb des T.D.P. eine relativ gemäßigte Strömung um Wiktor Heltman durch. Um die kämpferische Position gegen die Vorherrschaft des Adels zu unterstreichen, war bewußt der Titel „demokratisch“ gewählt worden, das T.D.P. damit die erste politische Organisation in Europa seit der Antike, die diesen Begriff im Namen führte. Wichtigste Programmschrift des T.D.P. war das am 4. Dezember 1836 in Poitiers verkündete und um die Schlüsselbegriffe „Freiheit“ („wolność“), „Gleichheit“ („równość“) und „Unabhängigkeit“ („niepodległość“) kreisende „Große Manifest“. Getragen wird dieser Text von einem stark messianisch ausgerichteten romantischen Nationalismus, demzufolge Polen eine wichtige Mission für die Befreiung ganz Europas zu spielen habe. Im Gegensatz zu Lelewel berief sich das T.D.P. ausdrücklich nicht auf spezifisch polnische Traditionen, sondern auf die radikalen Ideen der französischen Revolution. Vor diesem Hintergrund wurde die Maiverfassung als halberzig und inkonsequent abgelehnt, Wiktor Heltman z.B. bezeichnete sie abfällig als eine „monarchisch-konstitutionelle Fiktion“. Die 1791 festgeschriebene Vorherrschaft des Adels wurde in der Publizistik des T.D.P. scharf angegriffen und dem Adel die Schuld am Untergang des polnischen Staates zugewiesen. In diesem Zusammenhang spielt der Begriff „lud“ im Manifest von Poitiers eine zentrale Rolle („Wszystko dla ludu, wszystko przez lud!“ dt.: „Alles für das Volk, alles durch das Volk!“). In bewußtem Gegensatz zum klassischen polnischen „naród“-Begriff, der jahrhundertlang nur die Angehörigen der Szlachta als die eigentlichen Träger der staatsbürgerlichen Rechte umfaßte, meint „lud“ hier eben gerade nicht den Adel, sondern die Bauernschaft als die eigentliche Substanz der Nation, deren rechtliche und soziale Emanzipation sich das T.D.P. auf die Fahnen geschrieben hatte. Die im Deutschen gebräuchliche Übersetzung „Volk“ für „lud“ ist insofern unscharf. Freilich werden die Begriffe „lud“ und „naród“ im Polnischen selbst oft widersprüchlich gebraucht, so daß eine scharfe semantische Abgrenzung nicht vorgenommen werden kann. Ungeachtet seines Verbalradikalismus hatte das Manifest

von Poitiers aber ausschließlich deklaratorischen Charakter. Konkrete soziale Forderungen, etwa nach einer umfassenden Bodenreform, fanden keinen Eingang, was dem T.D.P. scharfe Attacken von seiten der sozialistischen Linken eintrug.

Auch wenn das T.D.P. nach 1846 rasch an Einfluß verlor, so hat es in der polnischen Ideen- und Parteiengeschichte doch noch lange nachgewirkt. Seine sozialen Vorstellungen wurden in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts von dem Theoretiker der polnischen Bauernbewegung, Bolesław Wysłouch, wieder aufgegriffen, organisatorisch diente das T.D.P. der 1887 in der Schweiz von Zygmunt Miłkowski gegründeten „Liga Polska“ zum Vorbild, einer der Keimzellen der späteren Nationaldemokratie. Die konsequente Betonung des Unabhängigkeitsgedankens schließlich findet sich in der Programmatik der späteren „Polnischen Sozialistischen Partei“ (PPS) wieder.

Das zweite Referat des Nachmittagsblocks war dem Januaraufstand von 1863 gewidmet. Im Gegensatz zum Novemberaufstand von 1830, der militärisch zwar scheiterte, die polnische Frage aber zugleich auf die europäische Tagesordnung setzte, erwies sich der Januaraufstand als Fehlschlag auf ganzer Linie. Dieser letzte Versuch, das alte Polen im Alleingang wieder aufzurichten, zog eine „negative“, d.h. auf die unbedingte Erhaltung des Status quo gerichtete Polenpolitik der Teilungsmächte nach sich, die sich mit der deutschen Einigung 1871 noch verstärkte und alle polnischen Unabhängigkeitsträume in weite Ferne rücken ließ. Die rückwärtsgewandte, d.h. auf die Restitution der alten „Rzeczpospolita“ gerichtete Programmatik des Aufstands wird im Manifest der Aufständischen besonders deutlich. Dort wird noch einmal auf den traditionellen, politischen Nationsbegriff der Adelsrepublik rekurriert, der die Litauer, Weißrussen und Ukrainer nur als einzelne „Stämme“ (*gentes*) der polnischen Nation definierte. Die Bauernschaft war an dem Aufstand von 1863 zwar in weit stärkerem Maße beteiligt als noch 1830/31, die Führungspositionen aber lagen weiterhin in den Händen des Adels. Die Maiverfassung fand in dem Manifest keine Erwähnung, die traditionellen patriotischen Jubiläumsfeiern am 3. Mai spielten im Vorfeld des Aufstandes allerdings eine wichtige Rolle.

Das desillusionierende Scheitern von 1863 zog eine grundlegende Neuorientierung der polnischen politischen Szenerie nach sich. Während die einen den Teilungsmächten nun ihre unbedingte Loyalität zusicherten, suchten die anderen die Erhaltung der polnischen nationalen Substanz auf dem Wege der „organischen Arbeit“ zu erreichen. Der romantisch inspirierte Befreiungsnationalismus der Aufstandszeit war hoffnungslos diskreditiert und wurde durch einen nüchternen, ethnisch fundierten Na-

tionalismus abgelöst, der Weißrussen und Ukrainer nicht länger als Bestandteile der polnischen Nation anerkannte, sondern als Fremdkörper, die es zu assimilieren galt.

Der abschließende Tagungsblock am Donnerstagvormittag war „Polens Verfassungen im 20. Jahrhundert“ gewidmet. Die als „Märzverfassung“ bekannt gewordene Konstitution von 1921 wurde in einem weiteren Kurzreferat vorgestellt. Anders als die „rückwärtsgewandte“ (d.h. auf die Ausmerzung politischer Systemfehler gerichtete) Maiverfassung stellte sie in erster Linie ein Programm für die Zukunft dar. Zugleich erinnerte die stark appellativ gehaltene Sprache ihrer Präambel durchaus an die Präambel von 1791. Die gegen eine befürchtete zu große Dominanz Józef Piłsudskis gerichtete Schwächung der Befugnisse des Staatsoberhauptes bei gleichzeitiger Stärkung des Parlaments erwies sich in Zusammenhang mit der starken Zersplitterung der Parteienlandschaft allerdings als erhebliche Hypothek für den jungen Staat und sorgte für politische Instabilität. Ein stabiles Regierungssystem wäre angesichts der enormen politischen Herausforderung aber dringend vonnöten gewesen. Polen bestand nun aus drei nach 120 Jahren der Zugehörigkeit zu verschiedenen Staaten sozial und rechtlich völlig unterschiedlich geprägten Teilgebieten, aus denen erst wieder eine einheitliche Nation geformt werden mußte. Als größtes Problem erwies sich die Minderheitenfrage. Mit einem Minderheitenanteil von über 30% war Polen de facto ein Nationalitätenstaat, sollte sich aber zumindest nach den Vorstellungen der politischen Rechten als Nationalstaat definieren. Weder die Anhänger des Föderationskonzeptes um Piłsudski noch diejenigen des Nationalstaatskonzeptes um seinen Gegenspieler Roman Dmowski konnten sich letztlich jedoch durchsetzen, Polen blieb in territorialer Hinsicht ein „Zwitter“. Besonders deutlich wird dies an der erst im Oktober 1921 im Frieden von Riga festgelegten Ostgrenze. Über den ethnographisch polnischen Siedlungsraum weit hinausgreifend, blieb sie doch deutlich hinter dem Grenzverlauf von 1772 zurück und wurde so weder dem Konzept eines ethnisch einigermaßen einheitlichen Nationalstaates noch dem einer Restitution der alten Vielvölkerrepublik „von Meer zu Meer“ gerecht. Entsprechend destruktiv gestaltete sich die polnische Minderheitenpolitik. Zunächst setzte man auf Assimilierung, dann, nachdem sich das als aussichtslos herausgestellt hatte, auf Polonisierung durch Verdrängung.

Nach dem Staatsstreich von 1926 regierte Piłsudski Polen als „starker Mann“, obwohl er formell kein hohes Amt innehatte. Die Märzverfassung wurde allerdings erst 1935 durch eine neue, auf Piłsudski zugeschnittene Konstitution („Aprilverfassung“) ersetzt, mit der die Gesetzgebungsinitiative des Parlaments eingeschränkt und der nunmehr ausschließlich

„vor Gott und der Geschichte“ verantwortliche Staatspräsident zur alles beherrschenden Figur erhoben wurde, die fortan allein über Berufung und Entlassung der Regierung zu entscheiden hatte. Daran knüpft sich die Frage, inwieweit die Aprilverfassung als autoritär oder gar als totalitär zu bezeichnen ist. Hier ist zu berücksichtigen, daß Mehrparteiensystem, demokratisches Wahlrecht zum Sejm und Pressefreiheit zumindest formell erhalten blieben. Andererseits ist die Verfassungswirklichkeit für eine realistische Beurteilung eher entscheidend als der Verfassungstext. Und da kann nicht übersehen werden, daß die politische Betätigungsfreiheit der Opposition nach 1935 erheblichen Beschränkungen unterworfen war. Offenen Terror gegen Andersdenkende, wie er im nationalsozialistischen Deutschland an der Tagesordnung war, gab es in Polen allerdings auch nach 1935 nicht. Piłsudski selbst überlebte die neue Verfassung übrigens nur um wenige Wochen, ohne daß sich ein Nachfolger gefunden hätte, der seine alles beherrschende Rolle auszufüllen in der Lage gewesen wäre.

Das letzte Referat kreiste um die Entwicklung nach 1945, die mit der neuen demokratischen Verfassung vom 2. April 1997 ihren vorläufigen Abschluß gefunden hat. Nach ihrer Machtergreifung hatten die Kommunisten dem Land bereits 1952 einen besonders radikalen Typ einer „volksdemokratischen“ Verfassung übergestülpt (zum Vergleich: In der DDR gab es eine vergleichbare Verfassung erst 1960), mit der die Gewaltenteilung vollständig aufgehoben wurde und gegen die sich selbst die Konstitutionen von 1807 und 1815 positiv abheben. Die Tradition der Maiverfassung riß aber auch in dieser Zeit nie völlig ab. Zumindest als Symbol spielte sie im Hintergrund stets eine Rolle bei den vielfältigen Versuchen, die Last des Systems und des unverhüllten Hegemonieanspruchs der Sowjetunion wenigstens abzumildern, so 1956 bei der Machtergreifung des „Nationalkommunisten“ Władysław Gomułka. Das gilt natürlich auch für die 1980 in Danzig entstandene Solidarność-Bewegung. Ihre Zerschlagung durch die Verhängung des Kriegsrechts und die Machtübernahme durch den „Militärrat der nationalen Rettung“ („Wojskowa Rada Ocalenia Narodowego“, W.R.O.N.) am 13. Dezember 1981 war de facto ein Staatsstreich, nicht aber de jure, da sich General Jaruzelski auf Art. 33 II der kommunistischen Verfassung stützen konnte. Formal erweist sich sein Vorgehen insofern als „legaler“ denn Piłsudskis coup d'état von 1926. Jaruzelski hat sein Handeln später stets damit gerechtfertigt, er habe Schlimmeres, nämlich eine militärische Intervention der Warschauer Paktstaaten, verhindern wollen. In diesem Zusammenhang ergibt sich eine interessante historische Parallele zum Beitritt König Stanisław Augusts zu der von Rußland unterstützten und gegen die Maiverfassung gerichteten Konföderation von Targowica im Jahre 1792. Auch damals

stand die Sorge vor einer direkten militärischen Intervention Rußlands im Hintergrund, zudem hoffte der König wohl, wenigstens Teile der Reformen zu retten, und nahm dafür auch den offenen Bruch „seiner“ Verfassung in Kauf, in der das Verbot der Bildung von Konföderationen ja gerade erst ausdrücklich geregelt worden war. Die Frage, ob 1981 wirklich eine Intervention drohte, wird sich bis zur vollständigen Öffnung der sowjetischen Archive wohl nicht endgültig beantworten lassen. Massive Drohungen seitens der KPdSU an die Adresse ihrer polnischen „Bruderpartei“ PZPR gab es jedenfalls, auch wenn Teile der Roten Armee in Afghanistan gebunden waren und die Sowjetunion sich nicht vollständig sicher sein konnte, ob im Falle eines Einmarsches nicht wenigstens Teile der polnischen Armee Widerstand leisten würden. Das abrupte Ende der polnischen Demokratiebewegung 1981 lag jedenfalls nicht nur im Interesse der UdSSR, sondern wurde unterschwellig auch von einigen auf Stabilität und Erhalt des mächtropolitischen Status quo fixierten westlichen Staatsmännern begrüßt, wie Äußerungen des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt und anderer deutscher Politiker bis in die Reihen von CDU und CSU belegen. Bei den vom Rest der Welt im Stich gelassenen Polen belebten solche Äußerungen aufs neue alte Traumata und schürten die Angst vor einer „neuen Konvention von Alvensleben“.

Erst durch den Zusammenbruch des kommunistischen Systems 1989/90 gewann Polen wieder Anschluß an die freiheitliche Tradition seiner Geschichte. Die Verfassung von 1997 ist, wie fast alle Verfassungen, ihrem Wesen nach ein Kompromiß, doch gewährleistet sie zweifellos den endgültigen Übergang Polens zum demokratischen Verfassungsstaat westlicher Prägung. Ein von Kräften der alten *Solidarność* erarbeiteter alternativer Verfassungsentwurf, der sich angesichts eines überdehnten Katalogs einklagbarer sozialer Grundrechte wohl rasch als unpraktikabel erwiesen hätte, konnte sich demgegenüber nicht durchsetzen.

In seinem zusammenfassenden Schlußwort wies Zernack darauf hin, daß erst in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts letztlich die Voraussetzungen für den Vollzug der Maiverfassung von 1791 geschaffen worden seien. Die unheilvolle Tradition einer „negativen“ Polenpolitik, wie sie seit 1795 von den Teilungsmächten betrieben worden war, wurde mit dem Ende des Ersten Weltkrieges nur kurzfristig unterbrochen und lebte mit dem Hitler-Stalin-Pakt und der darin vereinbarten Zerschlagung des polnischen Staates 1939 wieder auf. Die Niederlage Deutschlands 1945 erwies sich für Polen als Scheinsieg, da es im Zugriff hegemonialer Bestrebungen verblieb. Erst der 2+4-Vertrag, der Abschluß eines Freundschafts- und Grenzvertrages zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und Polen, das Scheitern des Moskauer Augustputsches gegen Michail Gorbatschow und

nicht zuletzt die bevorstehende Aufnahme Polens in EU und NATO markieren die endgültige Überwindung eines Mächtesystems, in das Polen über zwei Jahrhunderte hindurch eingebunden blieb und das die Wiedererlangung seiner staatlichen Unabhängigkeit und äußeren Souveränität verhinderte.

Abschließend kann der Studientag, der zweite seiner Art, als rundweg gelungene Mischung aus wissenschaftlicher Diskussion und geselliger Umrahmung gewertet werden, die über das eigentliche Thema hinaus einen lebhaften und fruchtbaren Austausch zwischen jungen deutschen und polnischen Studierenden und Absolventen ermöglichte. Die Diskussion wurde durchweg auf hohem wissenschaftlichen Niveau geführt. Dabei ergaben sich vielfältige Fragestellungen und Ansätze zum Weiterforschen auf einem Gebiet, das zumindest in der deutschen Forschung bislang eher stiefmütterlich behandelt wurde. Gerade vor dem Hintergrund der bevorstehenden Westintegration Polens scheint eine Vertiefung der Kenntnisse über die besonderen Probleme der polnischen Geschichte auf deutscher Seite lohnend.

Im Gegensatz zur ursprünglichen Planung, die eine Aufteilung des Seminars in rein deutsch- und polnischsprachige Blöcke vorsah, ging man schnell dazu über, jeden Teilnehmer seinen Beitrag in der eigenen Muttersprache formulieren zu lassen. Dies erwies sich als sinnvoll, da die einzelnen Blöcke sonst wohl zu sehr von den Vertretern jeweils eines Landes dominiert worden wären. Verständnisprobleme ergaben sich jedoch kaum, auch wenn die Teilnehmer natürlich ab und zu gebeten werden mußten, nicht allzu schnell zu sprechen. Bleibt nur zu hoffen, daß sich diese Form der Tagung als „Marburger Modell“ durchsetzt und jungen Historikerinnen und Historikern beider Länder damit auch in Zukunft die Gelegenheit gegeben wird, ihre Kenntnisse zu vertiefen und über die eigene Universität hinaus wissenschaftliche Kontakte zu knüpfen.

Roland Gehrke, Hamburg

„Schulwesen im Baltikum“.
Ein Seminar der Carl-Schirren-Gesellschaft e.V.
vom 2. bis 4. Juni 1998 in der Ost-Akademie Lüneburg

Das Schulwesen im Baltikum stand bislang nicht gerade im Mittelpunkt des deutsch-baltischen historiographischen Interesses. Um so mehr ist der Carl-Schirren-Gesellschaft, dem Deutsch-Baltischen Kulturwerk, zu danken, daß sich sein 10. Baltisches Seminar Anfang Juni 1998 ausschließlich mit diesem Thema beschäftigte. Zehn meist jüngere Historiker aus Estland, Lettland und Deutschland hatten sich bereitgefunden, unterschiedliche Aspekte des Schulwesens im Baltikum von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart hinein zu behandeln. Das Ergebnis ihrer Bemühungen brachte allen Teilnehmern an diesem Seminar neue oder zumindest vertiefende Erkenntnisse.

Zu Beginn des Seminars führte der Verfasser, bei dem auch die Leitung des Seminars lag, in die Geschichte des Schulwesens in den Provinzen Est-, Liv- und Kurland ein. Entsprechend der Interessenlage der deutsch-baltischen Oberschicht stand in ihrer Historiographie die Universitätsgeschichte und – allenfalls – die Geschichte des Gymnasialwesens im Mittelpunkt. Allerdings waren auch insofern die Gewichte unterschiedlich verteilt; die Geschichte der Didaktik spielte bislang selbst für den Gymnasialbereich keine besondere Rolle. Die Schulformen unterhalb der Gymnasialebene wurden kaum untersucht. Auch was die Geschichte des Volksschulwesens in den baltischen Provinzen anbelangt, gibt es zahlreiche Desiderata. Für das 18. Jahrhundert ist nach wie vor das Werk des Historikers Heinrich Schaudinn aus dem Jahre 1937 über deutsche Bildungsarbeit am lettischen Volkstum unverzichtbar. Für das 19. Jahrhundert fand es erst kürzlich eine wesentliche Ergänzung durch die Quellenedition der „Geschichte des livländischen Volksschulwesens“ des livländischen Schulrats Johann Heinrich Guleke (1821–1889).

Lea Kõiv beschäftigt sich anschließend mit dem Schulwesen in Reval im 17. Jahrhundert. Sie bestätigte einleitend auch aus estnischer Sicht, daß sich die Geschichtsschreibung im Bereich des Bildungswesens bisher besonders den elitären Bildungsstätten jener Zeit, d.h. der Gymnasial- und Universitätsbildung, gewidmet habe, daneben allerdings auch dem Schulwesen der estnischen Bauern. Demgegenüber spielte die Frage der schulischen Grundausbildung in den Städten der Frühen Neuzeit in der Forschung bisher nur eine geringe Rolle. Allerdings setzte die Grundausbildung an Schulen in Reval bereits mit dem Beginn des 16. Jahrhunderts ein, während man von Schulen für die bäuerliche Bevölkerung erst seit dem Ende

des 17. Jahrhunderts sprechen kann. Immerhin erhielten in den Jahren 1552–1603 in Reval etwa 30 „arme“ estnische Knaben auf Kosten der Stadt eine schulische Ausbildung. Weitere Nachrichten über die Schulung estnischer Kinder liegen bei den Gemeinden zu St. Katharinen und Zum Heiligen Geist sowie in der estnischen Vorstadt Fischermay vor. Die Revaler Stadtschule war um 1700 herum fünfklassig organisiert, wobei diejenigen Schüler, die künftig einen „gewöhnlichen“ Beruf rein praktischer Art ausüben sollten, also offensichtlich die meisten, sich mit den zwei unteren Klassen zu begnügen hatten. Sie lernten einen kurzen Katechismus ohne Erklärungen sowie die wichtigsten Psalmen und einige Sentenzen aus dem Lehrbuch sowie Textstellen aus den Evangelien auswendig. Später wurde dann auch Lesen und Schreiben unterrichtet, und in der 2. Klasse kam Rechnen hinzu. Das Endziel der höheren Klassen war die Beherrschung des Lateinischen als wichtigster Voraussetzung für die Aufnahme eines Studiums an einer Universität. Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen berichtete Lea Kõiv über ihre Auswertung einer Quellengruppe aus dem Archivbestand des Revaler Magistrats im Stadtarchiv Tallinn. Dabei nutzte sie Akten, die sich auf Lehrer an städtischen und privaten Schulen in Reval bezogen. Aus ihrem Material ergibt sich, daß neben der Stadtschule noch verschiedene Winkelschulen existierten, die von als Hauslehrer angestellten Studenten und anderen gelehrten Personen, aber auch von Handwerkerwitwen geführt wurden. Schließlich wies Kõiv auf eine besonders interessante Quelle hin, ein von dem Privatlehrer Gastorius erstelltes Verzeichnis seiner Schülerinnen und Schüler samt Auskunft über ihre jeweiligen schulischen Leistungen vom Jahre 1691. Aus ihm geht hervor, daß die meisten Schülerinnen offenbar Revaler Kaufmannstöchter waren. Bei einigen Namen liegt die Vermutung estnischer Herkunft nahe. Die *Specificatio* von Gastorius ruft um so mehr Interesse hervor, weil sonst keine Lehrpläne der Revaler Mädchenschulen aus dem 17. Jahrhundert überliefert sind.

Eine wichtige Ergänzung zu den Ausführungen von Lea Kõiv brachte anschließend Silvija Pavidis für Riga: „Aus der Geschichte der ersten lettischen Schulen Rigas im 16. Jahrhundert im soziokulturellen und konfessionellen Kontext“. Sie erklärte, für das 16. Jahrhundert seien noch keine schreib- und lesekundigen Letten nachweisbar. Immerhin fand man für frühere Jahrhunderte bei Libau Fibeln mit einigen Buchstaben, die die kunstgewerblich tätigen Letten selbst angebracht hatten. Erst Anfang des 17. Jahrhunderts wurde auch den Letten in Riga Lesen und Schreiben beigebracht. Schon seit den 80er Jahren des 16. Jahrhunderts lernten Letten an der Jacobi-Kirche Singen. Für sie wurde 1587 ein erstes Liederbuch gedruckt, dessen Verfasser die Pfarrer an der Jacobi-Kirche, Eck und

Ramm, waren. Später übernahmen die Jesuiten die Jacobi-Kirche. Insgesamt gibt es nur wenig aussagekräftige Quellen für das 16. Jahrhundert, allerdings ist unbestreitbar, daß auch die ersten lettischen Schulen in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts eine unmittelbare Folge der Reformation waren.

Am zweiten Tag des Seminars berichtete Liivi Aarma über die Einflüsse von August Hermann Francke und die Verwirklichung der pietistischen Ideen in Estland am Beispiel des Seminars in Alp/Albu im 18. Jahrhundert. Gründer dieser Einrichtung war Magnus Wilhelm Nieroth (1663–1740), ein ehemaliger Major der schwedischen Armee und danach estländischer Landrat, der auf seinem Gut Alp eine Armenschule einrichtete, in die insbesondere Waisenkinder als Opfer der Pest und des Nordischen Kriegs aufgenommen wurden, darunter auch Esten. Liivi Aarma stellte anhand von Archivquellen die Zahl der Schüler seit 1719 (Deutsche, Esten und einige Russen), die Persönlichkeiten der Lehrer sowie die wirtschaftlichen Verhältnisse dar. Das Seminar dürfte bis etwa 1740, also bis zum Tode Nieroths, existiert haben.

Andres Andresen beschäftigte sich mit der kirchlichen Schulpolitik im Gouvernement Estland im 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, wobei er seine Aufmerksamkeit insbesondere institutionellen Fragen schenkte, soweit sie für den Ausbau der Volksschule in Estland von Bedeutung waren. Die Kirchspielschulen, Gutsbezirksschulen und Dorfschulen unterstanden einer doppelten Aufsicht, einerseits durch den Rittergutsbesitzer und den ihm übergeordneten Kirchspielskonvent als Teil der Ritterschaft und andererseits den Pastor loci, der seinerseits dem Provinzial-Konsistorium unterstand, auf das das Landratskollegium, die Gouvernementsregierung und das Justizkollegium in St. Petersburg Einfluß hatten. Daraus folgt, daß die evangelisch-lutherische Kirche im Baltikum keine selbständige, unabhängige Größe in der Gesellschaft darstellte. Sie war immer mehr oder weniger von weltlichen Machthabern abhängig. Die Einflußnahme der (zaristischen) Gouvernementsverwaltung war jedoch bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts recht zurückhaltend. Der Staat überließ die Volksbildung gern, nicht zuletzt aus Kostengründen, den Selbstverwaltungseinrichtungen der Ritterschaft. Letztlich hing das Gedeihen einer Volksschule auf dem Lande vom guten Willen der einzelnen Gutsbesitzer und von den Fähigkeiten und dem Engagement des pädagogisch verantwortlichen Pastors ab, die sich der bäuerlichen Kirchenvormünder als Hilfsorgane bedienten. Der Kirchenvormund hatte in Estland auch die Aufsicht über den häuslichen Unterricht.

Der Verfasser schilderte den „Einfluß Johann Heinrich Gulekes auf die Entwicklung des Volksschulwesens in Livland“. Der Pastor und spätere

Schulrat der livländischen Ritterschaft war ein Repräsentant des Liberalismus im Baltikum. Als solcher stand er im Gegensatz zu den theologisch-orthodoxen Vertretern seines Fachs, mit denen es auch auf den Synoden zu erheblichen Fehden kam. Als Verwaltungsbeamter widmete er sich tatkräftig dem weiteren Ausbau des lettischen und estnischen Volksschulwesens. Hierüber kann jetzt, nach der Veröffentlichung seiner 1889 kurz vor seinem Tode abgeschlossenen „Geschichte des livländischen Volksschulwesens“, authentisch Auskunft gegeben werden. Der Verfasser wies darauf hin, daß Guleke sich schon vor seiner Wahl zum Schulrat im Jahre 1872 als Pfarrer dem Ausbau des Schulwesens in seinem Kirchspiel Smilten gewidmet hatte. Seine Erfolge führten 1869 zu seiner Ernennung zum geistlichen Schulrevidenten des Walkschen Kreises. Als Schulrat lag ihm insbesondere die Ausbildung der lettischen und estnischen Volksschullehrer am Herzen. Nach dem Tode des langjährigen Leiters des Lehrerseminars in Walk, Johann Zimse, übernahm er selbst, als Folge von durch das beginnende nationale Erwachen entstandenen Unruhen, die Leitung des Seminars. Er kümmerte sich um die Entwicklung geeigneter Unterrichtshilfsmittel, wobei er sich häufig auf das preußische Vorbild stützte. Schließlich leistete er, so lange es ging, der Russifizierung im Bildungswesen des Baltikums zähen Widerstand, ohne letztlich die Niederlage der Ritterschaften verhindern zu können. Auch wenn Guleke in der Frage der „Germanisierung“ der Letten und Esten durch einen entsprechenden Ausbau des Bildungswesens erstaunlich indifferent blieb, war es nicht sein Ziel, die Angehörigen dieser Völker ihrem Volkstum zu entfremden. Nationale Bestrebungen waren ihm als Deutschem fremd und bei den Letten und Esten suspekt. Er beharrte zwar auf der lettischen und estnischen Unterrichtssprache in der Schule, machte aber aus seiner Auffassung kein Hehl, daß für ihn eine höhere Bildung ohne Zugang zur deutschen Sprache und deutschen Kultur für aufstrebende Letten und Esten kaum vorstellbar war.

Die nächsten beiden Vorträge beschäftigten sich mit der Entwicklung des Bildungswesens der Esten und Letten im 19. Jahrhundert. Indrek Kiverik rückte dabei den bildungspolitischen Kampf zwischen den Deutschen in den baltischen Provinzen und den russischen Autoritäten in der Hauptstadt St. Petersburg und im Baltikum in den Mittelpunkt seines Interesses. Schon der Minister für Volksaufklärung, Sergej Uvarov (1833–1849), wollte zwar an den Traditionen der Selbstverwaltung in den baltischen Provinzen festhalten, dennoch aber erreichen, daß in Zukunft überall das Russische das Übergewicht erhielt. Er bediente sich dabei „vor Ort“ eines Nachkömmlings estnischer Bauern, des Generalleutnants Gustav Craffström, der 1835 zum Kurator des Dorpater Lehrbezirks ernannt wurde und als solcher

die Aufgabe hatte, die Russifizierung der Schulen voranzutreiben. Die deutschbaltischen Träger des Bildungswesens widersetzten sich dieser Absicht. Besonders kräftig protestierten die Professoren der Universität Dorpat und die Vertreter der evangelischen Kirche.

Letztere kamen allerdings durch die Konversionsbewegung, die Mitte der 40er Jahre rund 65 000 Esten veranlaßte, zum griechisch-orthodoxen Glauben überzutreten, in erhebliche Schwierigkeiten. Erst als unter tätiger Mitwirkung der Kirche das Bildungsniveau der Bauern gehoben wurde, ging auch die Zahl der Konvertiten zurück. Allerdings blieb es dabei, daß die Regierung in St. Petersburg die griechisch-orthodoxen Volksschulen weiter ausbaute, materiell erheblich unterstützte und 1843 dem Ministerium für Volksaufklärung unterstellte, wodurch ein wesentlicher Bereich der Volksschulbildung dem Einfluß der deutschbaltischen Ritterschaften und der evangelischen Kirche entzogen wurde.

Für die lettische Seite beschäftigte sich Austra Avotiņa mit der Lehrerschaft der Volksschulen, ihrer politischen Stellung und ihrer materiellen Absicherung, dargestellt am Beispiel der Gemeinde Alt-Pebalg. Ihr sehr materialreicher Vortrag zeigte, daß die Schule von Alt-Pebalg sowohl als Landschule als auch als Knabeninternat für die Heranbildung von lettischen Kirchendienern, Schreibern und Lehrern von besonderer Bedeutung war. Schon in den 1820er Jahren bildete sie erfolgreich Lehrer für den eigenen und für den Bedarf der benachbarten Kirchengemeinden aus. Dies war vor allem dem Einsatz des Pastors loci, J.F. Schilling, zu verdanken, der in seinem Hause nicht nur seine eigenen sechs Söhne, sondern auch begabte lettische Knaben ausbildete, darunter als bedeutendsten den später „Schulvater“ genannten Ansche Rathminder (1805–1886), der bereits 1823 als Lehrer der Gemeindeschule von Alt-Pebalg angestellt wurde. Unter seiner tatkräftigen Mitwirkung entwickelte sich die Parochialschule von Alt-Pebalg in den 30er Jahren zu einer der besten Schulen in Livland. Für die Verbesserungsvorschläge eines von der Synode eingesetzten Komitees diente 1835 offensichtlich Alt-Pebalg als Vorbild. Austra Avotiņa kam abschließend zu einer sehr positiven Bewertung der Leistung der deutschen Pastoren bei der Entwicklung des livländischen Schulwesens.

Die folgenden Beiträge widmeten sich mehr der Entwicklung im 20. Jahrhundert. Alexander Friedrich Neuland aus Riga schilderte die Russifizierung des Schulwesens um die Jahrhundertwende, die die Deutschen ebenso wie die Letten betraf. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre wurden alte und bewährte Lehrer ab- und neue eingesetzt, unter denen sogar vorbestrafte Kriminelle waren. Es kam gewöhnlich nur darauf an, daß der Betreffende die russische Sprache beherrschte. Der Einsatz von

viel zu jungen und unausgebildeten Lehrern ließ zwangsläufig den Bildungsstand an den Schulen rapide sinken, worunter sogar das Erlernen der russischen Sprache litt. Immerhin besserte sich unter dem Druck der russischen Staatsgewalt das Verhältnis zwischen den Deutschen und den Letten. Erst als Folge der Revolution von 1905 wurden die nicht-russischen Sprachen als Unterrichtssprache zumindest in den ersten zwei Schuljahren wieder eingeführt. Knapp zehn Jahre später, 1915, im Ersten Weltkrieg, durften allerdings die Deutschbalten nicht einmal mehr auf der Straße ihre Muttersprache gebrauchen. Neuland kam zu dem Schluß, daß die russische Zentralregierung ihren Vorsatz, die baltischen Völker ins Russische Reich zu inkorporieren, vollständig verfehlte. Im Gegenteil erreichte sie gerade, daß die Letten die beiden Revolutionen von 1905 und 1917 besonders tatkräftig unterstützten, was letzten Endes mit zum Scheitern der Zarenmonarchie beitrug. Der russischen Politik gelang es zwar, die Letten gegen die deutsche Oberschicht aufzuwiegeln, aber um welchen Preis?!

Die beiden letzten Vorträge am 4. Juni behandelten die Schulautonomie der deutschbaltischen Minderheit in Estland und Lettland in der Zwischenkriegszeit. Michael Garleff mußte seinen Vortrag verlesen lassen. Ausgehend von der estnischen Verfassung vom Jahre 1920 wies er darauf hin, daß die Kommunen kostenlose Grundschulen für Kinder aller nicht-estnischen Nationalitäten unterhalten mußten, sofern es von ihnen mindestens 20 in der Gemeinde gab und sie in einem Klassenraum gemeinsam unterrichtet werden konnten. Für die höheren Lehranstalten bestanden besondere Vereinbarungen. Später, ab 1925, wurde durch die Kulturselbstverwaltung eine übergreifende, d.h. öffentliche und private Schulen umfassende Organisationsform gefunden. Zwar gab es immer noch mühselige Verhandlungen vor allem hinsichtlich der von den Kommunen an die deutschen Schuleinrichtungen im Lande zu zahlenden Finanzmittel. Dennoch umfaßte das deutsche Schulnetz in Estland 1928/29 insgesamt noch 19 Grundschulen und zwölf höhere Schulen, an denen 3 315 Kinder unterrichtet wurden. Die sinkende Zahl deutscher Schüler bedingte schließlich eine Zusammenlegung von Schulen. Immerhin wurde für die schrumpfende deutsche Volksgruppe in Estland der muttersprachliche Unterricht bis zur Umsiedlung 1939 aufrecht erhalten.

Detlef Henning wies einleitend darauf hin, daß es in Lettland im Gegensatz zu Estland zwar keine umfassende öffentlich-rechtliche Kulturautonomie der Minderheiten, dafür aber eine sogenannte „Schulautonomie“ gegeben habe, die dort bereits fünfzehn Jahre früher als in Estland, bereits in der Staatsgründungsphase 1918/19, eingeführt worden sei. Das Recht auf muttersprachlichen Schulunterricht wurde vor allem auf-

grund von Vorarbeiten der Deutschbalten gewährleistet, die bereits auf die deutsche Besetzung Kur- und Livlands im April 1918 zurückgingen. Henning schilderte detailliert die Formen und Inhalte der Arbeit der Minderheitenschulen auf allen Ebenen. Auch hier war die Schulpolitik des lettischen Staates einerseits durch finanzielle Probleme, andererseits durch das Bestreben, den sprachlichen und sonstigen Einfluß des Lettentums auch auf die Minderheitenschulen zu gewährleisten, gekennzeichnet. Nach dem Umsturz vom 15. Mai 1934 war für die Aufnahme in eine Minderheitenschule nicht mehr länger die Familiensprache, sondern die Nationalität der Eltern maßgeblich. Besonders im Falle der jüdischen Minderheit, die häufig deutsch sprach, führte dies zu Problemen. Bei Mischehen nichtlettischer Partner bestand eine Tendenz, die Kinder auch schulisch der lettischen Nationalität zuzuordnen. Generell wurden die Neueinrichtung und der Unterhalt von Minderheitenschulen erschwert. Unter dem autoritären Regime von Ulmanis galt die Losung „Lettland den Letten“, wobei man sich gegenüber den Deutschbalten auf die Bedrohung durch das nationalsozialistische Deutschland berief. Immerhin blieb das lettische System der Minderheitenschulen in wesentlichen Zügen bis zur Besetzung Lettlands durch die Sowjetunion 1940 erhalten.

Das Seminar der Carl-Schirren-Gesellschaft in der Ost-Akademie Lüneburg brachte einen gelungenen Einstieg in eine hoffentlich intensivere Beschäftigung deutscher Historiker mit der hochinteressanten Geschichte des Schulwesens im Baltikum. Eine Veröffentlichung der Vorträge, auf die man durchaus gespannt sein darf, ist geplant.

Detlef Kühn, Berlin

**Die Stadt im europäischen Nordosten.
Kulturbeziehungen vom Lübischem Recht
bis zur Aufklärung.
II. Internationales Symposium zur deutschen Kultur
im europäischen Nordosten in Tallinn (Estland)
10.–13. September 1998**

Das gute Ergebnis des 1995 veranstalteten Symposiums „Der finnische Meerbusen als Brennpunkt“¹ ermutigte die Veranstaltergruppe, die Reihe in Zusammenarbeit mit der Stadt Tallinn anlässlich des 750jährigen Jubiläums der ersten Erwähnung des Lübischem Rechts für Tallinn fortzusetzen. Die Absicht, Kulturkontakte in beiden Richtungen und über die sattsam bekannten Dimensionen „Hanse und Backsteingotik“ hinaus aufzuzeigen, führte zu einer solchen Resonanz, daß die Beiträge auf zwei Sektionen aufgeteilt wurden.

Zur Eröffnung im Rathaus von Tallinn begrüßten Bürgermeisterin Ivi Eenmaa und die Botschafter Finnlands und Deutschlands, Pekka Oinonen und Bernd Mützelburg, das Unternehmen. Nach den Einführungsworten der Vertreter des Veranstalterkonsortiums folgten die fachlichen Festvorträge durch Jüri Kivimäe (Universität Tartu) von estnischer Seite und Renate Schelling (Berlin) von deutscher Seite, die für den krankheits halber verhinderten Berliner Rechtshistoriker Friedrich Ebel einen gemeinsam mit ihm erarbeiteten Beitrag verlas. Kivimäe betonte sowohl die durchaus ältere Tradition Revals/Tallinns als zentralem Siedlungsplatz als auch die entscheidende Funktion des Lübischem Rechts für die neue Qualität der Stadt. Die Verleihung ist vielleicht auch als schrittweiser Prozeß vorstellbar, keinesfalls aber eine Ablösung Rigischen Rechts. Renate Schelling machte deutlich, daß es das Magdeburger Recht war, das die größte Verbreitung in Ostmitteleuropa hatte. Andererseits war die Appellationsregelung an den Lübecker Oberhof eine bahnbrechende, rechts sichernde Neuerung, denn sie war – anders als der Rekurs auf Magde-

¹ Ausführlicher Bericht in: Nordost-Archiv N.F. IV (1995), S. 669-677; der Kongreßband ist erschienen unter dem Titel „Der Finnische Meerbusen als Brennpunkt: Wandern und Wirken deutschsprachiger Menschen im europäischen Nordosten. Beiträge anlässlich des I. Internationalen Symposiums zur deutschen Kultur im europäischen Nordosten der Stiftung zur Förderung deutscher Kultur (Aue-Stiftung) Helsinki und der Ostsee-Akademie Lübeck-Travemünde in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kulturinstitut Tallinn und dem Finnland-Institut Tallinn vom 6. bis 10. September 1995 in Tallinn/Estland“. Helsinki 1998 (Saksalaisen kulttuurin edistämissäätiön julkaisu = Veröffentlichungen der Stiftung zur Förderung deutscher Kultur. 9).

burg – ein Recht des einzelnen Betroffenen unabhängig von der Zustimmung der anderen Partei oder des Gerichts. Der krankheitshalber nur schriftlich vorgelegte Vortrag von Ulrich Simon (Archiv der Hansestadt Lübeck), „Aus zurückgekehrten Akten des Archivs der Hansestadt Lübeck: Appellationen von Reval nach Lübeck“, konkretisierte dies anhand von 144 Fällen aus den Jahren 1421–1610. Nur aus 33 der 100 Städte Lübschen Rechts sind Anrufungen Lübecks als Oberhof nachweisbar – die meisten aus Reval. Diese waren keine „Appellationen“ im modernen Sinn, denn es fand keine neuerliche Beweisaufnahme statt. Reval und Elbing waren die einzigen Städte, aus denen die Appellation als schriftliche Falldarstellung durch den Rat anstatt als mündliches Vorbringen durch Bevollmächtigte erfolgte. Erst ein halbes Jahrhundert nach dem Übergang an Schweden konnte die Obergerichtsfunktion des schwedischen Reichrats für Reval durchgesetzt werden.

Die Sektion Geschichte und Kulturgeschichte begann mit Norbert Angermanns (Universität Hamburg) Vortrag „Das Hamburgische Recht in Nordosteuropa“ mit dem Hinweis auf die fast vergessene beachtenswerte Wirkung der u.a. von der italienischen Rechtslehre beeinflussten qualitätvollen Hamburger Rechtskodifikation im Ostseeraum. Riga, die älteste und stets größte Stadt des Baltikums, übernahm das Hamburgische statt des verbreiteten Lübschen Rechts in einer Zeit, als es gegen das Vormachtstreben Lübecks in Opposition stand. Es behielt dort trotz der Verschmelzung mit der einheimischen, von Visby beeinflussten Rechtstradition die hamburgische Prägung. Mit Ausnahme von Reval, Wesenberg/Rakvere, Narva und Memel/Klaipėda, die der Lübschen Rechtsfamilie angehörten, erhielten alle Städte des mittelalterlichen Livland das neue Rigische Recht. Für das politisch zersplitterte Livland bildete dies einen einenden Faktor, zumal der Rigaer Rat für diese Städte als Appellationsinstanz fungierte. Auch in Litauen wurde 1323 den deutschen Besuchern der Gebrauch des Rigischen Rechts gewährt, doch setzte sich dort bald das Magdeburger Recht durch.

Nach Mika Kallioinen (Universität Turku) beruhte „der deutsche Einfluß im mittelalterlichen Finnland“ auf der Stellung der Hansekaufleute im Ostseehandel und dem Expansionsstreben des Deutschen Ordens. Die Hanse integrierte Schweden und Finnland in die europäische Wirtschaft, auch wenn die Städte des Landes zu keinem Zeitpunkt Mitglieder wurden. Die Expansion der Hanse und des Deutschen Ordens kam aber in Reval zum Stehen – u.a. wegen der Lebensmittelautarkie Finnlands und Schwedens sowie der Bestrebung der schwedischen Herrscher, die Deutschen mit der einheimischen Bevölkerung zu verschmelzen. Dadurch war die Gesetzgebung im ganzen Reich einheitlich und formte ein

nordisches Rechtsverständnis. Zudem blieben die Bauern frei – anders als wenn der Deutsche Orden sich im Land etabliert hätte.

Tiina Kala (Stadtarchiv Tallinn) analysierte die Ratsprotokolle und Berichte der Klosterführung zu dem Komplex „Das Revaler Dominikanerkloster und die lutherische Reformation“. Dabei spielten Religionsfragen eine erstaunlich geringe Rolle. Die Hauptforderung des Rates an die Dominikaner war, die Kleinodien und Privilegien des Klosters herauszugeben. Der Beschluß des Rates über die Auflösung des Klosters (12. Januar 1525) geschah unter dem Vorwand, daß die Mönche die Privilegienurkunden beseitigt hätten und nicht verhandlungsbereit seien.

Anu Mänd (Europäische Universität Budapest) untersuchte die Frage „Stille Fastnacht?“ Die Festkultur des livländischen Kaufmanns im Mittelalter“. Die Fastnachtsumtrünke der Ratsherren, der Brüder der Großen Gilde und der Schwarzhäupter in Riga und Reval waren sorgfältig geplante und kontrollierte Ereignisse im jährlichen Festkreis des Kaufmanns. Auch die öffentlichen Veranstaltungen (Umzüge, Austänze, Schlittenumfahrten) waren für die Mitglieder der Korporationen gedacht und für deren Einheit, Zusammengehörigkeitsgefühl und Repräsentation wichtig. Andererseits war die Fastnacht Zeit lebhafter Kommunikation: Zur aktiven Teilnahme an den Fastnachtsfeiern der jeweiligen anderen Korporation trat die Einladung verschiedener Gäste (Adliger und Kaufleute) aus der eigenen Stadt sowie aus Livland, Norddeutschland, Holland und Skandinavien.

Christian Krötzel (Universität Tampere) behandelte „Pilger und Studenten als Faktoren des Kulturtransfers im Ostseeraum“ mit dem Ergebnis, daß nicht überwiegend der deutsche Kaufmann diesen leistete, sondern noch viele andere, in der bisherigen Forschung ungenügend berücksichtigte Gruppen – beispielsweise Ordensgeistliche, die in vielfältige Kommunikationsnetze eingebunden waren, oder Handwerker, die oft in verschiedenen, weit entfernten Gebieten tätig wurden. Beachtung verdienen sodann die skandinavischen und baltischen Pilger, die sich auf ihren Reisen weit über den Ostseeraum hinaus bis nach Jerusalem, Rom und Santiago de Compostela bewegten – vereinzelt gab es auch in umgekehrter Richtung. Das weitgehende Fehlen eigener Universitäten im nördlichen Ostseeraum führte zu regelmäßigen Studentenwanderungen an mittel- und südeuropäische Universitäten. Paris blieb vorherrschend bis zum Aufschwung der norddeutschen Universitäten, aber in den Jahrzehnten um 1500 versammelte sich die gesamte geistige Elite Skandinaviens wie auch der baltischen Länder in Prag.

Tapio Salminen (Universität Tampere) analysierte die „Schriftlichkeit in der Kommunikation des Revaler Rats von Stadtschreiber Hermannus bis

Joachim Muter (1374–1456)“ anhand der Grundtypen „Stadtbuch“ (als Merkbuch) und „Brief“. Durch ständige Zunahme der Verwaltungsarbeit im 14. Jahrhundert wurden die Stadtbücher auf verschiedene Verwaltungszweige aufgespalten. Daraus resultierte die Professionalisierung der Stadtverwaltung mit einem ständigen Stadtschreiber, später einer Stadtkanzlei. Die frühesten Schreiber stammten meist aus lateinkundigen kirchlichen Kreisen; später nahm die Zahl der Laien zu, seit dem Ende des 14. Jahrhunderts ernannte man häufig Träger notarieller Befugnisse. Die vom Jahr 1312 an bekannten Stadtschreiber Revals waren wohl von außen rekrutierte Professionelle; sie ordneten im genannten Zeitraum dreimal das Revaler Schriftenwesen neu – entsprechend den aus der veränderten Stellung Revals resultierenden neuen Anforderungen.

Juhan Kream (Stadtarchiv Tallinn) ging mit der Frage „Das Schedel-Paradigma? Noch einmal über die Illustrationen in Johan Renners Chronik ‚Livländische Historien‘“ auf die Theorie ein, nach der die Zeichnungen in der Bremer Handschrift des Werkes auf die Porträts der Ordensmeister im Schloß Wenden zurückzuführen seien. Schon früher wurde aber bemerkt, daß alle Bilder aus bekannten älteren Werken entlehnt seien (Sebastian Münster, Ulrich Richenthal und Johann Daubmann). Tatsächlich aber gehen die meisten Ordensmeisterporträts, Stadtansichten und wahrscheinlich auch einige Ordensmeisterwappen auf Hartmann Schedels Weltchronik zurück, wobei nur selten die ursprüngliche Bedeutung der Vorlagen beibehalten und die übernommenen Bilder auch ikonographisch bearbeitet wurden. Livländisches Material wurde wohl nur bei einigen Kartenskizzen verwendet.

Christoph Anz (Hochschule Södertörn), „Wir dulden keinen unter uns, der gegen Gottes Wort spricht!“ Gilden des Ostsee-Gebietes im Mittelalter und während der Reformation“, bezeichnete diese Form der mittelalterlichen Schwureinung mit dem christlichen Glauben als zentralem Kennzeichen als keineswegs rein städtisches Phänomen. In Nordeuropa arbeiteten die Gilden – anders als auf dem Kontinent – eng mit den kirchlichen Organisationen zusammen. Mit der Reformation änderte sich aber gerade dadurch die Einschätzung der Gilden. Insbesondere in Schweden wurden sie in ihrer Arbeit behindert und dann verboten sowie ihr Eigentum von der Krone eingezogen – mit dem Hauptargument, sie seien Träger des katholischen Glaubens. Einzelne Gilden aus Reval nahmen aber aktiv an der Durchsetzung der Reformation in ihrer Stadt teil; dies konnte jedoch ihre Existenz im alten Sinn ebensowenig wie im übrigen (Nord-)Europa sichern.

Göran Dahlbäck (Universität Stockholm) schlug in seinem „Versuch eines vergleichenden Überblicks: Mittelalterliche Städte im Ostseeraum“

Parameter vor, die von der Zahl der Städte über Bevölkerungsgröße, Entstehungsphasen, kirchliches Gemeindewesen, Art und Grund der Entstehung, Verhältnis von Landesherr und Stadt, Stadtbefestigungen, Einfluß der Deutschen, Recht und Gerichtsbarkeit, Verwaltungsformen, Handel und Handwerk bis zur Nationalitätenfrage (insbesondere dem Spannungsfeld Deutsche/Einheimische) reichte. Die Städte des Ostseeraums weisen wohl eine starke ökonomische und kulturelle Einheitlichkeit auf; Unterschiede – speziell auf dem politischen und rechtlichen Gebiet – können durch die historische Verschiedenheit der Länder westlich und östlich der Ostsee erklärt werden.

Liivi Aarma (Tallinn) trug eine Studie über „Georg Müller, Prediger der Heilig-Geist-Kirche zu Reval als Stipendiat der Stadt Reval in Lübeck“ vor. Zur Lösung des Problems der Revaler lutherischen Kirche des 16. Jahrhunderts, Prediger mit Hochschulbildung und Estnischkenntnissen zu rekrutieren, hatte der erste Superintendent von Reval, Nicolaus Glossenus aus Hamburg, unterstützt vom Rat die Stiftung der armen Schuljungen und das Stipendium für die Ausbildung bedürftiger Geistlicher im Auslande eingeführt. Einer der berühmtesten Geförderten war der spätere Prediger der Heilig-Geist-Kirche Georg Müller (Moller/Möller). Seine geistlichen Texte gehören zu den drei ältesten Denkmälern der estnischen Schriftsprache; manche vermuten, er sei auch der Schöpfer des „undeutschen“ ABC-Buches, des Gesangbuches u.a. Der Vortrag beleuchtete den Schulbesuch Georg Müllers in Lübeck nach einem neuen Archivfund, seiner Autobiographie.

Nach Tiiu Reimo (Akademiebibliothek Tallinn) („Druckkunst und Druckereien in Reval im 18. Jahrhundert“) war nach der Verlegung der Universitätsdruckerei Dorpat/Tartu (gegr. 1632) im Großen Nordischen Krieg die Druckerei beim Revaler Gymnasium (1633) die einzige in Estland, zu der erst 1786 die Privatdruckerei von Martin Christoph Iversen und Johann Sigmund Fehmer hinzutrat. Beide druckten Bücher in Deutsch, Estnisch, Schwedisch, Finnisch, aber auch in anderen Sprachen (Französisch, Lateinisch, Griechisch usw.). Bis heute sind aus der Zeit zwischen 1710 und 1800 mehr als 650 Einzeldrucke und 2000 Publikationen registriert, davon nur 50 bei Iversen und Fehmer gedruckt. Erhalten sind etwa 70% – außerhalb Estlands auch in Rußland, Lettland, Finnland, Schweden, Deutschland, Dänemark und Großbritannien. Die Mehrzahl der Titel bildeten deutschsprachige Werke, aber der Bogen- und Druckanzahl nach war der größte Teil der Druckproduktion estnischsprachig.

Armin v. Ungern-Sternberg (Universität Freiburg), „Die Grenzen, so man diesem Lande giebet, sind sehr unterschieden.“ Zur Stellung des Bal-

itikums in der deutschen Literatur des 18. Jahrhunderts“, sah die Stellung des Baltikums in der Literatur weniger aus realistischer oder stereotyp verzerrter Wiedergabe der tatsächlichen Verhältnisse abgeleitet, sondern aus der Position in innerliterarischen Verweisungszusammenhängen. Reisebeschreibungen, geographische Werke, aufklärerische Schriften und andere nicht-fiktionale Texte zeigen im 18. Jahrhundert allgemein keinen Wandel der üblichen Vorstellungen von „Liefland“ als „Land der Sklaverei und des Despotismus“; auch ein Nachwirken des Topos der fernen, fruchtbaren Wildnis ist zu beobachten. Demgegenüber findet sich bei Gellert („Das Leben der schwedischen Gräfin von O*“) und Schiller („Der Geisterseher“) eine veränderte literarische Verwendung des Baltikums, deren Möglichkeiten auch die Königsberger Hippel und E.T.A. Hoffmann aufgreifen; noch bei Fontane und Tucholsky läßt sich ihr Weiterwirken beobachten. Das Baltikum – zwar außerhalb der eigentlichen Schauplätze – bildet den archimedischen Punkt der Handlung und Charakterführung. Reisende Balten aus jener fernen Welt philanthropischer Verbundenheit lassen sich als Mittel bestimmter Erzählfunktionen in der Folge im 19. Jahrhundert häufig finden.

Boris Volodin (Russische Nationalbibliothek St. Petersburg) zeigte in „Stadt-Residenz-Bibliothek: Zur Bibliothekslandschaft im Ostseeraum“ den Ursprung der klassischen Stadtbibliothek des Ostseeraums im Kontext der geschichtlichen Entwicklung der Hansestädte in der Reformationszeit auf. Aber die Entwicklung der Bibliotheken im Ostseeraum setzte sich nach der Reformationszeit nicht weniger intensiv fort. Das Weiterwirken des in der Hansezeit entstandenen einheitlichen Überlieferungsraums läßt sich im Bibliothekswesen daran ablesen, daß jede der in den Nationalstaaten des Ostseeraums entstandenen Nationalbibliotheken anfangs bestrebt war, das kulturelle Erbe des ganzen Ostseeraums zu erhalten. Das galt sogar für eine „imperiale“ Einrichtung wie die 1795 in St. Petersburg gegründete Kaiserliche Öffentliche Bibliothek, die als Nationalbibliothek Rußlands konzipiert worden war.

Indrek Jürjo (Tallinn) legte dar, daß „der Buchhandel in Reval im Zeitalter der Aufklärung“ die Entwicklung des deutschen Buchhandels (Drucker-Verleger, Verleger-Sortimenter, Übergang vom Tausch- zum Nettohandel) nachvollzog. Er verband die baltischen Literaten und die deutschen Gelehrten, die Öffentlichkeit der ständischen Gesellschaft vom 16.–18. Jahrhundert. Etwa bis 1750 waren die acht Revaler Buchbinder auch die aktivsten Buchhändler. Noch zu dieser Zeit war die Nachfrage nach estnischsprachiger kirchlicher Gebrauchsliteratur sowie theologischen Werken am größten, aber in den Sortimentskatalogen sind u.a. auch Werke der frühen französischen Aufklärung zu finden. Die „Leserrevolu-

tion“ in der Mitte des 18. Jahrhunderts brachte auch für das Baltikum einen Anstieg der Leserzahlen sowie eine Hinwendung von der intensiven religiösen Wiederholungslektüre zur extensiven Lektüre zunehmend säkularer Bücher. Dies ermöglichte 1759 die Eröffnung der ersten professionellen Buchhandlung in Reval. Mehrere Buchhandlungen gründeten Leihbibliotheken für die ärmeren Stadtbewohner. Wie in Deutschland blühte auch hier das Subskriptionswesen. Die steigenden Buchpreise konnten in Estland vor allem Adlige, Ratsmitglieder, Literaten und Kaufleute zahlen; der Buchbestand der Handwerker war geringer und weiterhin von religiöser und praktischer Gebrauchsliteratur bestimmt.

Iveta Leitane (Universität Riga) entwarf zum Thema „Die jüdische Dimension der Städte des Nordostens“ eine Typologie. Die frühere Zugehörigkeit des heutigen Staatsgebiets Lettlands zu verschiedenen Territorien und eine entsprechende heterogene Judenpolitik schufen in den Städten des Landes einen Mikrokosmos möglicher Entwicklungen des jüdischen Elements. Von besonderer Bedeutung war es im Kurland Herzog Jakobs, wo es eine bestimmte Vermittlungsnische (u.a. Hofjuden) besetzt hatte. Aufgrund einer veränderten russischen Politik sowie dem Nicht-Einhalten vieler Beschlüsse des Landtags wurde dann Riga zu einem Kristallisationspunkt der jüdischen Kultur. Hier vermischten sich Einflüsse der säkularisierten kurländischen Juden und der Chassidismus weißrussischer Prägung zu einem eigenartigen Rationalismus, der sich auch im Kantianismus der jüdischen Gelehrten (Markus Herz!) niederschlug.

Otto-Heinrich Elias (Vaihingen) stellte die Frage: „Katharineische Städteordnung und baltische Stadtautonomie: europäische Modelle der Stadtverfassung im Widerstreit?“ Das Lübisches Städterecht war im 18. Jahrhundert in den baltischen Städten zum Schutzrecht für eine festgefahrene Sozialstruktur geworden. Die Katharineische Städteordnung von 1785 – eine ziemlich theorielastige Konstruktion, die weitgehend westlichen Vorbildern folgte – stellte die aus hansisch-rechtlicher Wurzel entwickelten Verhältnisse praktisch auf den Kopf. Sie hat aber in ihrer kurzen Geltungszeit bis 1796 kein Chaos ausgelöst; sie war auch nicht das Vehikel des russischen Zentralismus, sondern organisierte kommunale Selbstverwaltung nach den Prinzipien der modernen Verwaltungswissenschaft, wobei freilich auch die Interessen des Staates zur Geltung gebracht wurden.

Marjatta Hietala (Universität Tampere) stellte ihre zusammenfassenden Bemerkungen unter die Frage: „Stadtfreiheit und Kulturaustausch als Konstanten im Wesen der Stadt?“ Als drei wichtige Rahmenbedingungen für die Mobilität der Menschen im europäischen Nordosten nannte sie Witterungsverhältnisse, Stadtfreiheit und -friede sowie Foren des Kultur-

austausches. Die Bedeutung des Ostseeraums steht der des Mittelmeerraums nicht nach und bildet in kultur-wirtschaftlicher Hinsicht ebenso eine Einheit im Sinne Braudels. Entscheidend dafür war das über Jahrhunderte stabile Streben nach direkten Kontakten mit den gleichen europäischen Innovationsquellen (u.a. durch Jahrmärkte, Universitätsbesuch, Bildungs- und Informationsreisen).

Die Sektion Kunst eröffnete Jan von Bonsdorff (Universität Tromsö) mit dem Versuch, einen „Blick von innen“ auf die Kunst des Ostseeraums zu werfen und den traditionellen Kanon und die davon abhängenden einseitigen Beeinflussungskonzepte zu überprüfen. Er versteht den „inneren Blick“ als eine Betrachtungsweise, die a) hinter der mimetischen Ausrichtung das Zeichenhafte des Kunstwerks wieder bewußt macht und b) den „historischen Hintergrund“ nicht als statische Größe sieht, sondern in einem aktiven Prozeß des „framing“ gleichberechtigt mit den jeweils betrachteten, verschiedenen Zeichenfunktionen des Kunstwerks aktuell dynamisch konstruiert. Dieses Verfahren, das die Kunstbetrachtung enthierarchisiert, umgeht Kanon und Vorauswahl und kann so das Marginalitätsproblem für die nordeuropäische Kunst überwinden.

Anschließend wurde der Vortrag „Marienikonographie im Ostseeraum“ von Helena Edgren (Zentralamt für Denkmalpflege Helsinki) gelesen, der sich auf die Anfänge im 12. und 13. Jahrhundert konzentrierte. Im Westen war das statische Bild als Himmelkönigin bis zum 12. Jahrhundert der Vorstellung von der Gottesmutter als der dynamischen, einflußreichen Fürbitterin gewichen. Dieses mit Clairvaux eng verbundene Marienbild verbreiteten die Zisterzienser bei ihrer Erschließung Nordeuropas; sie spielten indirekt auch bei der Christianisierung Finnlands eine Rolle, wo jede bedeutende Kirche der Gottesmutter geweiht wurde. Zudem ist Maria archäologisch schon früher als beschützende Figur im Volksglauben belegt. Ein von Island bis Finnland verbreiteter Madonnenotyp mit einem abnehmbaren Jesusknaben geht auf eine einheitliche Attribuierung der Gnadenfunktion und das zisterziensische Verbreitungsnetz zurück, ohne daß ein gemeinsamer Werkstattursprung vorliegt.

Kerstin Petermann (Hamburg) legte „Neue Ergebnisse zur Werkstattorganisation Bernt Notkes am Beispiel seiner Werke für Reval/Tallinn“ vor und warf aufgrund jüngerer Restaurierungsbefunde an Arbeiten im Lübecker Dom, in Aarhus und Tallinn die Frage nach seiner Bildschnitzertätigkeit neu auf. Er wird in Urkunden nur als Maler genannt, und in vielen Abrechnungen für seine Arbeiten begannen Ausführer der Schnitzarbeiten. Deren unterschiedliche Ausführung einerseits (insbesondere der unterschiedliche Übergang zwischen geschnitzten und bei der Fassung – teils mit Fremdmaterial – ausgeführten Details) und die Über-

einstimmung in der Farbfassung andererseits lassen sich nur schlüssig erklären, wenn man verschiedene Bildschnitzer annimmt, deren Teilwerke durch die Vorgaben und die Endbearbeitung des Malers und Werkstattleiters Notke ein einheitliches Gepräge erhielten.

Jan Svanberg (Stockholm) beschrieb ausführlich den „Altarschrein von Rytterne: ein vergessenes Werk Bernt Notkes in Schweden“ und diskutierte die verschiedenen, auf Lübeck weisenden Zuschreibungen. Er wies die Attribuierung auf Henning von der Heide zurück, weil die ihr zugrundeliegenden Parallelwerke in Lübeck einen grundsätzlich anderen hierarchischen Aufbau der Personengruppe in dem zentralen Motiv der Gregorsmesse zeigen.

Helena Risthein (Estnisches Kunstmuseum Tallinn) stellte die Frage: „Die Altäre der Kirchen in Lääne-Nigula (Pönal) und Kaarma (Karmel, Carmel) – Erzeugnisse der Werkstatt Henning von der Heides?“ Ausführlich beschrieb sie die Stücke, erschloß ihre (schlecht dokumentierten) Restaurierungsbefunde und knüpfte daran eine weit ausgreifende Diskussion der möglichen Vergleichsobjekte an, die aufgrund der Kriegszerstörungen teilweise auf Bildmaterial basieren mußte. Aufgrund der gewichtigen Argumente für Notkes Urheberschaft hielt sie zwar nicht ihn, aber einen seiner Schüler, der stilistisch zwischen Henning von der Heide und dem Imperialissima-Meister steht, für den Schöpfer.

Beim gemeinsamen Besuch beider Sektionen in der Nikolaikirche trug Hartmut Freytag (Hamburg) unter der Überschrift „*adaptatio*‘ und *imitatio*‘. Gedanken über den Totentanz von St. Marien in Lübeck und St. Nikolai in Reval (Tallinn)“ vor. Die These, daß das Revaler Fragment ein Teil des 1942 zerstörten Lübecker Gemäldes sei, gilt als widerlegt: Bernt Notke setzte 1463 die Aussage des Tanzes in das Hier und Jetzt einer authentischen Stadtansicht, während er 30 Jahre später in Reval – mit Lübecker Motiven – ästhetisierende Tendenzen moderner Naturdarstellung zeigte. Auch beide Texte, obwohl weitgehend nur komplexer erhalten, können als unabhängige Bearbeitungen einer mittelniederländischen Vorlage angesehen werden. Trotzdem zeigt der Vergleich mit dem nächststehenden Gemälde in Meslay-Le-Grenet ebenso wie die nur der Lübecker und Revaler Textfassung eigene kunstvolle Verschränkung der zyklischen Texte zu einer der Bewegung der Figuren entsprechenden Reigendynamik, daß hier nicht nur eine über die *imitatio* hinausgehende *adaptatio*, sondern gar eine *aemulatio* gelang. Mochten die Revaler Auftraggeber ihre Bestellung an dem Lübecker Vorbild orientiert haben: Notke übertraf hier wieder das Vorbild – diesmal sein selbst gesetztes. – Anschließend führte Jüri Kuuskemaa durch die Nikolaikirche. Er berichtete vor allem über die neuen Erkenntnisse, die man aufgrund

der in Moskau mit äußerster – heute noch nicht wieder erreichter – Sachkunde erhobenen Restaurierungsbefunde über die Arbeitsweise bei der Entstehung des Hauptaltars gewinnen konnte – u.a. gab es einen Plan für den späteren Einbau der Heiligenfiguren auf dem Holz der Rückwand, der neue Identifikationen ermöglichte. Auch ist nach der Restaurierung des Totentanzes zu erkennen, daß das Jagdtier kein Hirsch, sondern ein Hase ist.

Am folgenden Tag sprach Kaur Altoa (Universität Tartu) über den „Chorumgang in Alt-Livland“. Dieses im Rahmen der Usurpation bischöflicher Attribute durch das repräsentationsbedürftige Stadtbürgertum in Norddeutschland von der Kathedralgotik übernommene Element eines Chorumgangs (oft mit Kapellenkranz) – Beispiel Lübeck: St. Marien – hat sich nur in vier Kirchen Alt-Livlands verbreitet. Bei genauer Betrachtung der Lösungen in St. Petri in Riga, dem Dom zu Dorpat und den beiden Hauptkirchen der Revaler Unterstadt wird nur in Riga eine klare Beeinflussung aus dem Ostseeraum faßbar. Bei der einzigen Bischofskirche mit Chorumgang hingegen kann man sogar Parler'schen Einfluß (im Gefolge einer Bischofsberufung aus der Umgebung Karls IV.!) annehmen, und in Reval sind die örtlichen Steinmetzzünfte stilbestimmend! Gemeinsam ist allen vier Kirchen jedoch ein gehobenes Repräsentationsbedürfnis von Korporationen als treibende Kraft, wobei in Dorpat an die Stelle der Stadtbürger der Adel in Gestalt der Großvasallen des Bischofs tritt! Gerade der letzte Gesichtspunkt ist für die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Hanse und Kunstentwicklung aufschlußreich.

Anschließend behandelte Markus Hiekkanen (Universität Helsinki) „Die mittelalterlichen Stadtkirchen in Finnland“ unter der Frage, ob die Gotteshäuser der sechs Städte gegenüber denen der Landgemeinden besondere – städtische oder gar hansische – Züge aufwiesen. In Turku und Naantali hatten freilich der Bischof bzw. der Brigittenorden Stil und Größe der Kirche bestimmt, und in den übrigen Städten waren nur die Kirchen von Ulvila, Porvoo und Wiborg größer als die Gemeindekirchen. Zwar verwendete Carsten Nybuhr (Rostock) in Porvoo deutlich feinere architektonische Zierformen als etwa in Sippoo, aber der schlichte Grundriß der rechteckigen Halle ohne Chor war allen gemeinsam.

Ebenfalls von der Universität Helsinki kam Jyrkki Knuutila mit seinem Referat „Der Kult des heiligen Olaf in der Kunstgeschichte“ – exemplifiziert am Beispiel der 82 Holzskulpturen und Wandgemälde des Heiligen aus dem 12. bis 16. Jahrhundert in 62 der 136 mittelalterlichen Kirchen Finnlands. Er stellte eine charakteristische Verschiebung in den Attributen und ihrer Ausdeutung fest: die Axt – Herrschaftszeichen im römisch/

nordwesteuropäischen Kulturkreis – wird zum Martyriumswerkzeug umgewandelt, der vom Kriegsherrn besiegte Feind der früheren Darstellung wird zum durch einen Drachen symbolisierten besiegten allgemeinen Bösen – eine Umdeutung, die Knuutila mit den Dominikanern als geistlichen Partnern der Hansekaufleute in Verbindung bringt.

„Lübeck und Reval: zwei Altarretabel Hermen Rodes im Vergleich“ war das Thema des Vortrags von Anja Rasche (Speyer), bei dem sie am Hauptaltar der Nikolaikirche Reval und dem Lukasretabel der Lübecker Katharinenkirche einerseits weitestgehende Übereinstimmungen in der Malerei Hermen Rodes, andererseits auffällige Unterschiede in den Bildschnitzereien feststellte (der Revaler Schnitzer wird dabei mit dem Meister des Retabel von Trolle-Ljungby [Schweden] identifiziert). Die gezielte Bestellung aus Lübeck für Reval wirft ein Licht auf die Kulturbeziehungen, die jedoch angesichts der weiten Verbreitung von Rodes Werken sogar über den gesamten Ostseeraum hinausgehen.

Als Gast aus Lettland sprach Elita Grosmane (Universität Riga) über „Die Rolle der Hanse bei der Verbreitung mittelalterlicher Plastik im Baltischen Raum“. Sie konzentrierte sich auf stilistische Bezüge der aufgrund der Reformation nur sehr spärlich erhaltenen Holzplastiken des 14. Jahrhunderts aus Lettland (u.a. Anna Selbdritt von Runö, Triumphkreuz aus der Jakobikirche in Riga) und zeigte, daß diese in der Blütezeit der Aszendenz der Hanse weit über den Hanseraum hinausweisen.

Die Arbeit der Sektion klang mit dem Beitrag „Lübecker Maler und Portraitisten im 17. Jahrhundert in Tallinn“ von Pia Ehasalu (Restaurierungszentrum Kanut, Tallinn) aus. Während in Lübeck die Malerei nach der Reformation im Rückgang begriffen war, verzeichnete Reval im 17. Jahrhundert einen deutlichen Zuwachs der Nachfrage nach künstlerischer Produktion, die sich in der Zahl von 56 Malern und Porträtisten, darunter 26 fähigen Künstlern, niederschlug. Diese waren oft zugewanderte Freimeister, die regelmäßig Konflikte mit der Malerzunft auszutragen hatten, da sie aus Auftragsmangel auch einfache Malerarbeiten ausführten. Als Herkunftsort ragt Lübeck nicht besonders unter den norddeutschen Städten heraus; der erste Lübecker war Peter Wichert, die bekanntesten waren Vater und Sohn von Hembsen; einer ihrer Gesellen, Hans Deters, wanderte an den Zarenhof nach Moskau weiter.

Die Organisation der Tagung in zwei Sektionen, die einer großen Zahl von Vortragenden die Teilnahme ermöglichte, wurde im Laufe der Tagung zunehmend bedauert. Immer wieder tauchten vor allem in der Sektion Kunstgeschichte Erklärungsmodelle und Diskussionshypothesen auf, die auf geschichtliche Entwicklungen zurückgriffen (z.B. künstlerische Zuschreibungen aufgrund angenommener enger politischer Beziehungen),

die selbst aber wiederum im Lichte neuerer historischer Forschungen ganz anders gesehen werden.

Trotzdem gelangen in den Vorträgen zahlreiche Hinweise darauf, daß der nordöstliche Ostseeraum wohl nicht so sehr mit einigen großen Einflußsträngen an ein bestimmtes mitteleuropäisches Ausstrahlungszentrum angebunden, sondern vielmehr in ein komplexes, aber vitales gesamteuropäisches Geflecht mit feinen Verästelungen eingebunden war. Die Überwindung der Isolation des Nordostens muß nicht mit dem Rückgriff auf eigentlich Überwundenes – wohlfeile Erklärungen und diskriminierende Vereinfachungen – einhergehen. Der Baum der neuen Freundschaft werde am festesten stehen, wenn seine Wurzeln die Spalten und Brüche des gewachsenen Bodens mutig durchdrungen haben – dieses Bild wurde zur Eröffnung der Tagung gezeichnet. Sie dürfte diese Wurzeln kräftig vorgetrieben haben.

Die Vorträge des Symposiums sollen wieder in der Schriftenreihe der Aue-Stiftung erscheinen.

Robert Schweitzer, Lübeck
(unter Mitarbeit von Tulikki Laurila und Laine Paavo)

**Images of the Past:
The Political Relevance of History
in Post-Socialist Change.
International Seminar in Tallinn, 18–19 September, 1998**

It is commonly known that in the socialist countries historiography was subjected to important political constraints. That resulted in important discrepancies between the Western, emigrée and domestic views of the histories of those countries; there were also important differences between „official“ history and the private memories of the population. Starting with the gradual abolition of censorship in the late 1980s, Western historiography became more widely known and accepted by the central and east European public at the same time as new views of history started to emerge among historians, intellectuals and civic activists in the socialist countries themselves. The change in history-writing also played an important political role, as it provided critical arguments against the communist system, and elements for the formation of new identities. Now, some years after the fall of communism, much of central and east European history has been reassessed. The time for meta-level analysis of the role of history-writing in the societies in transformation also seems to have arrived.

The topicality of this theme is well illustrated by the fact that, during a short period, several different events have focused on it. Changes in Baltic history-writing were the proposed subject of the „Baltische Studientage“ („Forum Balticum“), originally planned for September 1998, but postponed for unexpected practical reasons. In Tallinn an international seminar on „Images of the Past: The Political Relevance of History in Post-Socialist Change“ took place on 18–19 September. It can even be mentioned, that one week later, the Finnish-Estonian Friendship Society „Elias Lönnrot Society“ celebrated its anniversary in Tartu with a series of lectures on changes in Finnish and Estonian history-writing.

The seminar „Images of the Past“ was arranged by the Estonian Institute of Humanities (Eesti Humanitaarinstituut), a non-governmental, non-profit organisation founded in 1988, which offers university courses and degrees in a number of humanities, including history and sociology. The subject of the seminar was the different uses of history in directing, legitimising and criticizing the post-socialist changes in politics, economy and society. Evidently, the cultural, symbolic and identity-building aspects of post-socialist change deserve more attention than they have received hitherto, and the uses of historical consciousness play an important role here.

The seminar was arranged as a series of six presentations of research papers with subsequent discussions over two days. The audience consisted of about sixty scholars and students, mostly Estonian, and the lecturers included Kristian Gerner (Uppsala), Elena Hellberg-Hirn (Helsinki), Mikko Lagerspetz (Tallinn), Jonas Oškinis (Kaunas), Erle Rikmann (Tallinn) and George Schöpflin (London). The aim was not to gather a very large number of participants, but to foster serious discussion on the basis of written research papers, which were available in advance.

The first paper „Post-Socialism as a Return: Notes on a Discursive Strategy“ was presented by Mikko Lagerspetz, since September 1998 Rector of the Estonian Institute of Humanities. His paper examined the uses of the metaphor of „return“ in political and scholarly discourse, describing recent central and east European development. It was noted, that in addition to the modernization theory, which is often used for interpreting post-socialist change, „return theories“ have been frequently used too, either as warning for the surfacing of „primordial“ nationalist sentiment, or as a reference to the return of some positive aspects of prewar central and east European societies. Lagerspetz distinguished between the views of post-socialism as a way back to historical „truth“, to the roots of the „nation“, to a „normal“ society, and finally, as a way back to „Europe“.

After discussing and illustrating them by examples, he noted, that even what is usually regarded as historical „truth“, enables several, sometimes diametrically opposed ways of interpretation; a reference was made, to the divergence between Lithuanian and Belorussian views as to who should be regarded the proper heirs to the Grand Duchy of Lithuania, Rus' and Samogithia. Thus, the discursive strategy of „return“ can be used for very different purposes. In post-socialist countries, it has been used with some success to support the (re-)introduction of capitalism and the Western brand of democracy, by endowing them with a sort of traditional legitimation of which they seriously stand in need. However, the discursive strategy of return is available for conservative Communist and extremist movements too. The different uses and different users of that strategy also deserve to be studied, in order for us not to repeat the history, but to learn from it.

Elena Hellberg-Hirn from the Alexander Institute for Russian and East European Studies in Helsinki presented an analysis of the development of Russian state symbols under the title „The Return of the Eagle“. She gave an overview of the debate in the 1990s about new state symbols, thoroughly discussing the political connotations of different proposals. The inclination of President Eltsin and the Russian power elite to utilise

imperial symbols was interpreted as serving the purpose of legitimating strong central power and future imperial ambitions. First and foremost, it means that the imperial identity („imperskoe soznanie“) of the power elite has been symbolically boosted rather than a democratic development of the Russian Federation. The need for legitimation and identity-building symbols is all the more important, because rapid social change has made Russia „a foreign country even for Russians“. Hellberg-Hirn finished her presentation by claiming that those who have the power to control the past are able to control the present and, perhaps, even the future.

The topical question of EU enlargement was treated in the following paper, presented by Kristian Gerner from the Institution for East European Studies of the University of Uppsala. This paper „Piast and Jagiełło, Árpád and Stephen: Historical Myths and EU Integration“ made a comparison between the historical myths of the Hungarian and Polish nations. The formation of the Polish historical identity has to be tied to two royal dynasties, one (Piast) from the west and the other (Jagiellonian) from the east. Whereas the Piast had contacts mainly with Western and Baltic areas, the Jagiellonian dynasty was turned towards the Lithuanian and Ruthenian Eastern frontier, and the Black Sea („Międzymorze“). Whereas the Piast state was Polish, centralist and overwhelmingly Catholic, the Jagiellonian period of Polish history was characterized by multinationalism, federalism and pluralism. When assessing the present political orientation of Poland, Gerner suggested that it could be described as following the Piast alternative. However, a „defensive Jagiellonianism“ characterizes Poland’s eastern policy. In a similar manner, Hungarian history can be described as a dialectic between the myths of the founding Father Árpád and St. Stephen, the first Christian king of Hungary. The ancestry myth ties Árpád to the East, to nationalism and to Transylvania. St. Stephen’s baptism contacts him to multinationalism in the framework of the Catholic Habsburg Empire, and to the urban and royal environment of Budapest. In the contemporary process of European integration, the westerner St. Stephen has come to the foreground in Hungary, as we witness the rise of the westerner Piast in Poland. However, as Gerner noted in the subsequent discussion, St. Stephen’s multinationalist connotations make him a more suitable myth to be used in the EU environment, than the nationalist and centralist myth of the Piast Dynasty.

Erle Rikmann from the Estonian Institute of Humanities discussed the role of political influence in the construction of individual biographical narratives, in her paper titled „Retroactive History and Personal Memory“. On the basis of her in-depth-interviews with eight persons who played important roles in the cultural and educational spheres of the

Estonian Soviet Republic, she analysed the ways in which politics were mirrored in their personal life-stories. She identified different interpretation schemes, by which the narrator was able to motivate and legitimate her/his actions during the Soviet régime. These included their references to the so-called „Lithuanian example“, which they presented as a strategy of defending Estonian national values by joining the Communist Party and intending to take it over from Russians and Russian Estonians. By making comparisons between personal biographies and historical discourse after independence, Rikmann came to the conclusion, that a new kind of hegemony, or “monistic way of thinking“ is emerging in Estonia, making it difficult for many of the old generation of intellectuals and administrators to justify their actions during Soviet rule.

The second day of the seminar opened with a presentation by Jonas Oškinis, then working at the Comparative Civilizations Centre of the University of Klaipėda, now a doctoral candidate at Vytautas Magnus University in Kaunas. His paper „Nothing in Common“ dealt with the popular images of interwar, Soviet and contemporary Lithuania. It was based on the text analysis of the twenty most popular Lithuanian printed media sources from the first half of 1998. When, the media image of interwar Lithuania is concerned, it seems at first that there is a lot of controversy and indecisiveness. However, a shift from „Smetona revival“ to an evident scepticism about his policies and style of governance is clearly visible. The view emphasizing interwar Lithuania’s economic backwardness and poverty seems to have pushed aside the previous view of that period as the „Golden Age“ of Lithuanian economy. On the other hand, the educational development of interwar Lithuania is usually presented in a more positive light. The image of the Holocaust in the mass media was characterized as ranging „from ‚no guilt‘ claims to the peculiar form of ‚anti-semitism without Jews‘ – the tendency to blame the victims“. Soviet Lithuanian times were discussed from the point of view of cultural life rather than the political realm. The period from 1954 to 1968 was covered in the popular press very seldom. In all discourse treating the Lithuanian past, the notion of statehood played an important role. Oškinis also made a remark on the mass media’s tendencies to stress the uniqueness of Lithuanian character, and to dichotomize between villains and great men, between Lithuanians and enemies. However, the new international influences and the growth of new generations seem to predict an end to the „ritualisation“ of the Lithuanian past.

As the last presentation of the seminar, „Uses of the Past in Inter-Ethnic Relations“ was presented by George Schöpflin from the School of Slavonic and East European Studies, University of London. He started

from the remark, that given that there can be no total history, there can be no absolute truth either and no absolute objectivity in the uses of the past. Nevertheless, every community acts as if absolute truth and objective history did exist. This is based, in turn, on the sacralisation of a set of basic norms that are central to that collectivity's cultural reproduction. This is the world of *doxa* or of implicit meanings, or, at a more banal level, of common sense. It should not be regarded as a manifestation of irrationality, but as something structured by the rationality of cultural reproduction. Because the past can be used to underpin those basic norms, its uses become an inescapable aspect of identity-construction and, necessarily, an aspect of power. In inter-ethnic relations, the stronger group may try to deny the weaker group the capacity to control its own past. Schöpflin used Hungaro-Romanian and Anglo-French relations as examples of controversies where contrasting claims of the past are involved. However, both examples could also be used to show, that despite the irreconcilability of the competing historical discourses, action that will result in violence can successfully be avoided.

The final discussion touched a number of matters, including the question of the uniqueness of the Holocaust, when compared with the atrocities taking place in former Yugoslavia today. The possibility or impossibility of establishing objective historical truth was once more discussed. Despite the variety of the themes discussed at the seminar, a theoretical starting-point, quite clearly common for all of the lecturers, could be identified. It comes close to the constructionist view of history and social reality as results of interpretation by social actors.

The arrangements of the seminar were supported by the Soros-financed Open Estonia Foundation, the Swedish Institute and the Information Bureau of the Nordic Council of Ministers. Lagerspetz's paper was published in „Eastern European Politics and Societies“ 13 (1999), No. 2. A special issue of the „Finnish Review of East European Studies“ (Idäntutkimus 6 [1999], No. 3-4) was dedicated to the theme of the seminar and included re-written versions of Schöpflin's, Gerner's, Hellberg-Hirn's and Rikmann's papers, along with a new article by Lagerspetz, „The Cross of Virgin Mary's Land: A Study in the Construction of Estonia's „Return to Europe““.

Mikko Lagerspetz, Tallinn

**Nationale Interessen an der Ostsee.
Zusammenarbeit oder Rivalität?
Stand und Perspektiven einer historischen
Ostseeraumforschung.
Zweite Tagung der Ständigen Konferenz
der Historiker des Ostseeraumes (SKHO)
vom 3.–6. Dezember 1998 an der Universität Greifswald**

Vom 3.–6. Dezember 1998 fand die zweite, vom Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte/Hansegeschichte des Historischen Instituts der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald und dem Landesheimatverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. organisierte Tagung der Ständigen Konferenz der Historiker des Ostseeraumes (SKHO) statt. Eine erste, konstituierende Tagung der SKHO war bereits 1996 am gleichen Ort abgehalten worden und hatte auf Einladung des Ordinarius Horst Wernicke Teilnehmer aus neun Ländern rund um die Ostsee versammelt.

Nachdem auf der ersten Tagung „Der Weg der Rus zur Ostsee“ erörtert worden war, standen diesmal „Nationale Interessen an der Ostsee: Zusammenarbeit oder Rivalität“ auf dem Programm. Das Themenspektrum läßt sich in sechs Gruppen zusammenfassen. Da ist zunächst die Frage der historischen Entwicklung staatlicher Integration im Ostseeraum. Hier berichtete Nils Blomkvist (Visby) vergleichend über „Indoktrinations- und Nationalisierungsprozesse in eroberten Gebieten durch die Zeiten“, indem er Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den verschiedenen Gebieten rund um die Ostsee herauszuarbeiten versuchte. Mati Laur (Tartu) analysierte „Die baltischen Völker zwischen russischer Regierung und den deutschbaltischen Ritterschaften im 18. und 19. Jahrhundert“ und griff damit den besonders interessanten Fall einer Verschränkung staatlicher Integration und ethnischer Differenz auf, indem er deutlich machte, wie die russische Regierung ethnische und soziale Unterschiede zwischen deutschbaltischen Ritterschaften auf der einen und estnischen und lettischen Unterschichten auf der anderen Seite für die Stabilisierung der eigenen Macht auszunutzen suchte. Aus entgegengesetzter Perspektive ging Hannes Saarinen (Helsinki) das Thema „Danzig im 18. Jahrhundert“ an. Hier zeigte sich der bisweilen erfolgreiche politische Widerstand eines sozioökonomischen Kollektivs – der Stadt Danzig – gegen die territorialstaatlichen Integrationsbestrebungen durch Ausnutzung der Ansprüche verschiedener Staaten für die Integrität der städtischen Autonomie. Diese war freilich in militärischen Konflikten oft

teuer erkauft und durchlitten, indem die Stadt ihrem jeweiligen Schutzherrn viel Geld bezahlen und dessen Armeen Unterkunft und Verpflegung, die gefürchtete „Einquartierung“, gewähren mußte. Aleksandr Myl'nikov (St. Petersburg) beschrieb mit seinem Vortrag „Nikolaus Bergius und sein ‚Freundliches Ansinnen an die Herren Liebhaber der Russischen Sprache, Historien und Bücher‘ im Jahre 1702 aus Narva. Baltische Integration in schwedischen Vorstellungen“ den Versuch eines Plädoyers für die kulturelle Integration einer Randbevölkerung in das Ostseereich der absolutistischen schwedischen Großmacht an der Schwelle ihres Niedergangs. Manfred Menger (Greifswald) klärte mit seinem Beitrag über den Widerhall der Einschränkung der finnländischen Autonomie durch die russische Regierung im Jahre 1899 unter europäischen Staatsmännern und Intellektuellen ein historisches Mißverständnis auf, indem er aufgrund neuerer Untersuchungen die These vertrat, die profinnischen Sympathiekundgebungen von 1899 seien von der finnischen Politik lanciert worden.

Ein zweiter Themenkomplex beschäftigte sich mit Fragen der interstaatlichen Kooperation. Inesis Feldmanis und Ilgvars Butulis (beide Riga) analysierten „Die baltischen Staaten in der Zwischenkriegszeit. Eigene und gemeinsame Interessen (aus lettischer Sicht)“. Der Vortrag konzentrierte sich dabei vor allem auf Ansätze einer gemeinsamen Außen-, Handels- und Militärpolitik der baltischen Republiken nach dem Ersten Weltkrieg, wobei das Ergebnis – wenn auch nicht in allen Einzelheiten – der Forschung bereits bekannt war: Die gemeinsamen Interessen waren wenig ausgeprägt, und es darf weiter diskutiert werden, ob eine wie auch immer geartete Kooperation der drei Staaten irgendetwas am weiteren Verlauf der Geschichte im Rahmen der Politik der großen Mächte geändert hätte. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch Kalervo Hovi (Turku) mit seinem Beitrag „Aspekte der Zusammenarbeit zwischen Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen. Die Randstaatenkonferenzen 1919–1926“. Auch in diesem Fall war die Durchsetzung eigener Interessen mehr Vater des Gedankens einer interstaatlichen Kooperation als eine tatsächliche gemeinsame Zielsetzung der beteiligten Staaten.

Diese Erkenntnis führte bereits hin zum dritten Themenkomplex, der sich mit nationalen Interessen im Ostseeraum in einer *longue durée*-Perspektive auseinandersetzte, wobei sich das Adjektiv „national“ eher auf staatliches Handeln einer bestimmten Region denn auf Interessen einer bestimmten ethnischen Gruppe bezog. Nationale Interessen wurden hierbei aus drei Perspektiven analysiert. Jens E. Olesen (Greifswald) spannte mit seinem Beitrag „Dänische Interessen an der Ostsee vom Hochmittelalter bis ins 19. Jahrhundert“ den Bogen von den Anfängen

der dänischen Monarchie über die Kalmarer Union und die dänisch-schwedischen Auseinandersetzungen der frühen Neuzeit bis in die Zeiten des Skandinavismus und des dänischen Nationalstaates der Moderne, indem er die Kontinuitäten ebenso wie die Wendepunkte dänischer Handlungseinstellungen zu den Ostseeanrainern vom westlichen Ende des geographischen Raumes her deutlich machte. Alvydas Nikžentaitis (Klaipėda) nahm in seiner Darstellung „Der Ostseeraum in der litauischen Geschichte und Politik vom 13. bis 20. Jahrhundert“ eine eher geopolitische und ethnozentrische Perspektive ein und bemühte sich, die Eigenständigkeit litauischer Sicht- und Handlungsweisen in bezug auf den Ostseeraum herauszuarbeiten. Dabei ging es vor allem darum, das spezifisch Litauische von polnischen oder russischen Handlungsmustern abzugrenzen. Erkki Kouri (Helsinki) schließlich steuerte mit „Finnlands Blick in den Ostseeraum“ einen analogen, diesmal freilich unter spezifisch nordosteuropäischen Bedingungen betrachteten Kurs, indem er das spezifisch Finnische besonders gegenüber schwedischen und russischen Einstellungen aufzuzeigen suchte. Allen drei Vorträgen gemeinsam war die Tendenz, das Thema aus der Sicht staatlicher oder kultureller Eliten darzustellen und diese als repräsentativ für die Gesamtheit der Mitglieder der jeweiligen staatlichen oder ethnischen Einheit zu betrachten.

Ein Thema der klassischen Diplomatiegeschichte griff Mieczysław Nurek (Gdańsk) mit seinem Vortrag „British diplomacy and the Policy of Neutrality in the Baltic Sea Region in the 1930s“ auf, indem er auf der Grundlage neuer Quellenstudien vor allem die Bemühungen britischer Diplomaten im Ostseeraum vor dem Hintergrund eines erstarkenden Deutschland deutlich machte.

Ein fünfter Themenkomplex analysierte Handelsbeziehungen im Ostseeraum. Dabei stand nicht, wie zu erwarten gewesen wäre, das große Thema des Fernhandels im Mittelpunkt, sondern zwei seltener behandelte Aspekte, nämlich der von Andrzej Groth (Gdańsk) vorgetragene „Eigenhandel der Seeleute im 17. Jahrhundert am Beispiel der Memel und des Elbinger Seehandels“ und die von Edward Włodarczyk (Szczecin) behandelte „Rivalität zwischen deutschen und polnischen Häfen um das Hinterland in der Zwischenkriegszeit“. Beide Vorträge machten deutlich, daß eine Handelsgeschichte des Ostseeraumes weit über eine Darstellung des gegenseitigen Warenaustausches innerhalb einer bestimmten geographischen Region hinausgreifen muß, will sie dem Wesen des historischen Handels gerecht werden.

Der sechste und letzte Themenkomplex betraf ethnographische Probleme im östlichen Ostseeraum. So berichteten Olga M. Fišman (St. Pe-

tersburg) über „Die Baltische Ethnographie im Russischen Ethnographischen Museum. Die Entstehung der Sammlung und die moderne Forschung“ und Tat’jana A. Šrader (St. Petersburg) über „Die Runenkalendar in den Sammlungen der Kunstammer zu St. Petersburg“. Diese Beispiele aus der Erforschung der materiellen ethnischen Beziehungen verdeutlichten nicht nur den Entwicklungsstand der St. Petersburger Ethnographie, sondern forderten zugleich zu einer intensiveren Beschäftigung mit allen Aspekten ethnohistorischer Strukturen und Prozesse im Ostseeraum heraus.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß ein deutlicher Schwerpunkt der Tagung auf den zwischenstaatlichen politischen Beziehungen im Ostseeraum (staatliche Integration, interstaatliche Kooperation, nationale Interessen, Diplomatie) lag. Wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen (Handel, Ethnographie) traten demgegenüber in den Hintergrund. Aspekte der Rechts-, Verfassungs- und Verwaltungsbeziehungen, der historischen Sozialstrukturen, der Religions-, Bildungs-, Ideen-, Mentalitäten- und Alltagsgeschichte, ja sogar eines so augenfälligen historischen Phänomens wie der militärischen Kooperation und Konflikte blieben ein Manko der Tagung und wurden als solches auch von den Tagungsteilnehmern wahrgenommen. Solche Aspekte sollten auf künftigen Tagungen stärker berücksichtigt werden, möchte man sich nicht dem Vorwurf des methodischen Konventionalismus und Traditionalismus aussetzen, sondern die historische Ostseeraumforschung als vollwertigen und gleichberechtigten Teil der europäischen Geschichte etablieren.

Es ist geplant, den größten Teil der Vorträge der ersten und zweiten Tagung der Historiker des Ostseeraumes in einem Sammelband herauszugeben, der in der von Horst Wernicke betreuten Schriftenreihe „Greifswalder Historische Studien“ im Verlag Dr. Kovač, Hamburg, erscheinen soll. Auf diese Weise kann die Tagung auch über den engeren Kreis der Teilnehmer hinaus Impulse zu einer intensiveren Beschäftigung mit dem historischen Phänomen *Ostseeraum* geben. Denn trotz der genannten Defizite ist die Bedeutung der 1996 begonnenen Zusammenarbeit der Historiker des Ostseeraumes kaum zu überschätzen. Der außenpolitische Riß – im Ostseeraum ein Riß zwischen Nord und Süd –, der fast 50 Jahre Historiker in Ost und West voneinander trennte, wird auf solchen Tagungen nicht nur in seinen historischen Kontext eingefügt, sondern eröffnet gleichzeitig Perspektiven für die Rekonstruktion einer jahrhundertelangen geographischen und soziostrukturellen Einheit des Ostseeraumes, die auch im historischen Bewußtsein nach Jahren der Verdrängung erst wieder Raum finden muß. Diese Perspektiven zielen auf eine regional ausgerichtete historische Forschung, die zunehmend an einer vergleichen-

den Erarbeitung der Binnenstrukturen und Außenwelten von historischen Räumen interessiert ist und sich weniger an dem befriedigenden Erlebnis übersichtlicher Kleinräumigkeit orientiert.

Ralph Tuchtenhagen, Heidelberg

Das Institut GLAUBE IN DER 2. WELT in Zollikon bei Zürich. Eine religionskundliche Forschungsstelle

Das Institut GLAUBE IN DER 2. WELT (G2W) wurde 1972 im Auftrag des reformierten Kirchenrates von Graubünden und des römisch-katholischen Bischofs von Chur durch den evangelischen Pfarrer Eugen Voss gegründet. Das Institut verdankt sein Entstehen der speziellen kirchlichen Lage, die durch die Ost-West-Konfrontation im Kalten Krieg entstanden war. Französische Soziologen hatten einst im Kalten Krieg die Erde aufgeteilt: in die Erste Welt des kapitalistischen Westens, die Zweite Welt des von der Sowjetunion beherrschten Ostblocks und die Dritte Welt der Entwicklungsländer. Gemäß dieser Terminologie meinte die Bezeichnung GLAUBE IN DER 2. WELT ursprünglich „Religion in den sozialistischen Ländern“.

Die vom Institut herausgegebene gleichnamige Monatszeitschrift (seit 1973 erscheinend) präzisiert im Untertitel die damaligen Schwerpunkte der Institutsarbeit: „Zeitschrift für Religionsfreiheit und Menschenrechte“. Es waren also von Anfang an nicht in erster Linie theologische Fragen, denen sich das Institut mit seiner Zeitschrift widmete, sondern es beschäftigte sich vor allem mit dem Verhältnis von Staat und Kirche bzw. von Gesellschaft und gläubigem Bürger im sowjetischen Machtbereich. Auf die reale Situation bezogen heißt das: Damals standen Religionsverfolgung und Repression von Gläubigen sowie die Gängelung der Kirchen in den sozialistischen Staaten – inklusive Jugoslawiens – im Mittelpunkt der Berichterstattung. Die Tatsache, daß die Religionsfreiheit ein Menschenrecht, „die Krone der Menschenrechte“, darstellt, lenkte das Augenmerk von G2W generell auf die Menschenrechtsproblematik – und zwar über den kirchlichen Bereich hinaus.

Getragen wurde das Institut von Anfang an von den meisten katholischen und reformierten Kantonalkirchen sowie von der christkatholischen (= altkatholischen) Kirche in der Schweiz. Im Laufe der Zeit stießen auch einige evangelische Landeskirchen und katholische Diözesen sowie Einzelgemeinden in Deutschland zu den schweizerischen Trägern des Instituts; ein deutscher Freundeskreis gründete 1974 den Verein „GLAUBE IN DER 2. WELT – Deutsche Sektion“.

Die Gründung einer Institution, die sich eine problemorientierte Berichterstattung über das religiöse Leben in den sozialistischen Ländern zum Ziel setzte, erwies sich als dringlich, weil die Berichterstattung über die Lage der Gläubigen im Ostblock durch die weltlichen und kirch-

lichen Medien des Westens meistens einseitig – von Illusionen bestimmt – war, so daß sich der Leser im Westen praktisch keine konkrete Vorstellung von der bedrängten Situation kirchlichen Lebens unter sozialistischen Bedingungen machen konnte. Die Genfer ökumenischen Gremien „Weltkirchenrat“ und „Konferenz Europäischer Kirchen“ und mit ihnen die meisten protestantischen Kirchen im Westen, etwa die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die ihr angegliederten Kirchen in Westdeutschland, vermittelten ein weitgehend positives Bild von der kirchlichen Lage im „real existierenden Sozialismus“, waren sie doch bemüht, intensive Beziehungen zu den Kirchen in den Warschauer-Pakt-Staaten aufzubauen.

Kritische Perspektive

Die kritische Ausgangsposition von G2W brachte eine Darstellung der kirchenhistorischen Vorgänge hinter dem Eisernen Vorhang mit sich, die in Phasen der Orthodoxie- und Sowjetunion-Euphorie, wie sie die westlichen Kirchen vor allem in den 70er und 80er Jahren durchlebten,¹ automatisch Konflikte bringen mußte. So war – um ein Beispiel zu nennen – das auch im Westen verbreitete, aber geschönte Bild vom Leben der orthodoxen Kirche in der Sowjetunion (goldene Kirchenkuppeln, stets volle Kirchen, ein blühendes Klosterleben, emsige Studenten in schönen Priesterseminaren, prächtig gewandete würdige Bischöfe und Priester und über allem die faszinierenden, anrührenden liturgischen Gesänge) mit der vom Institut G2W beschriebenen notvollen Realität kaum vereinbar.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war den Kirchen im sowjetischen Machtbereich eine Kontaktaufnahme mit dem Westen im größeren Maßstab unmöglich: Bereits bei der Gründung des Weltkirchenrates 1948 hatte die Orthodoxie unter offensichtlichem Druck Stalins² die Mitwirkung an der ökumenischen Bewegung abgelehnt; das galt automatisch für alle orthodoxen und protestantischen Kirchen hinter dem Eisernen Vorhang. Erst durch eine Kurskorrektur Nikita Chrusčëvs im Jahre 1961 wurde diesen

¹ Man denke an die während der 80er Jahre von den evangelischen Kirchen in Deutschland forcierte Aktion „Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion“, die bei jenen – beispielsweise den baltischen – Völkern, die gegen ihren Willen und mit Gewalt in die UdSSR eingegliedert worden waren, absolutes Unverständnis und größte Verärgerung auslöste.

² Vgl. Die Orthodoxe Kirche in Rußland. Dokumente ihrer Geschichte (860–1980), hrsg. v. Peter Hauptmann u. Gerd Stricker. Göttingen 1988, S. 782–791, vor allem S. 789: „Botschaft an die Christen der Welt“ (17. Juli 1948).

Kirchen eine Mitarbeit im Weltkirchenrat möglich.³ Chruščëv hatte mit diesem Schachzug von der verschärften Religionsverfolgung in der Sowjetunion (1959–1964) ablenken wollen: Die Kirchenvertreter aus der Sowjetunion (und natürlich auch aus den anderen sozialistischen Ländern) sollten im Westen das kirchliche Leben ihrer Heimatländer in den strahlendsten Farben schildern. Informationen über Kirchenbedrückung und Verfolgung von Gläubigen sollten als Lügen Kalter Krieger gebrandmarkt werden. – Darüber hinaus hatten die Kirchenvertreter aus dem Ostblock die Aufgabe, auf den zahlreichen ökumenischen Foren die außenpolitischen Aktivitäten der Sowjetunion als Beispiele selbstloser Friedenspolitik darzustellen – und zwar so überzeugend, daß die westlichen Kirchenvertreter Druck im sowjetischen Sinne auf ihre Regierungen ausübten.

Bis zu einem gewissen Grade waren sie damit erfolgreich, weil ein Sympathisieren mit der sozialistischen Ideologie in weiten kirchlichen Kreisen seit den 70er Jahren geradezu „schick“ war; es war von einem latenten, zum Teil auch offenen Anti-Amerikanismus begleitet. Die Prager Christliche Friedenskonferenz genoß, obwohl ihre Steuerung durch Moskau längst offenkundig war, in manchen protestantischen Kirchenkreisen des Westens große Sympathie. In diesen Kontext gehört auch die Tatsache, daß leitende Repräsentanten protestantischer Kirchen, ebenso wie die Genfer ökumenischen Gremien, dem „humanen“ Sozialismusmodell sowjetischer Prägung positiv, dem „inhumanen“ Kapitalismusmodell westlicher Prägung hingegen ablehnend gegenüberstanden. Generell wurde eine Behauptung, die einer der damals einflußreichsten russisch-orthodoxen Bischöfe (mit KGB-Offizierspatent), Metropolit Pitirim von Volokolamsk, zu äußern pflegte, im westlichen Protestantismus (auf der Kirchenleitungsebene und bei jüngeren Pfarrern) gern aufgenommen: „Kapitalismus und Kirche sind nicht vereinbar. Die christliche Ethik steht dem Kommunismus näher.“⁴

Vor diesem Hintergrund lag die enge Zusammenarbeit mit den Kirchen im Sozialismus zwar grundsätzlich nahe, sie konzentrierte sich aber im wesentlichen auf die Russische Orthodoxe Kirche und die anderen (ehemaligen) orthodoxen Volkskirchen des Ostblocks. Die Beziehungen zu anderen Denominationen (katholisch, lutherisch, baptistisch usw.) litten zwangsläufig unter der Orthodoxielastigkeit des westlich-protestantischen Engagements.

³ Ebenda, S. 817f.

⁴ Vgl. Norbert Kuchinke, *Gott in Rußland*. Aschaffenburg 1984, S. 125.

Estnische und lettische Lutheraner

Das zeigte sich besonders kraß in den Beziehungen der evangelischen Kirchen in Deutschland zu den lutherischen Schwesterkirchen vor allem in Estland und Lettland, deren 800jährige Kirchengeschichte eng mit dem deutschen Luthertum verknüpft ist. Baltische Kirchenführer, die sich von den deutschen Lutheranern Solidarität in den sie existentiell bedrohenden Problemen (Kirchenbedrückung, Russifizierung usw.) erhofft hatten, wurden oftmals (vielleicht sogar meistens) tief enttäuscht. Die deutschen Delegationen, deren Besuchsprogramm jeweils das Außenamt des Moskauer Patriarchats zusammenstellte, wurden bei der obligaten Zwischenlandung in Moskau zunächst einmal von Würdenträgern des Moskauer Patriarchats „empfangen“ und orthodox eingestimmt; danach durften sie nach Riga oder Tallinn weiterreisen. Dort mußte ebenfalls zuerst dem russisch-orthodoxen Bischof die Reverenz erwiesen werden, der dann oftmals sogar bei den estnisch-deutschen oder lettisch-deutschen Begegnungen anwesend war. Baltische Pfarrer klagten oftmals heimlich darüber, daß sich manche Repräsentanten deutscher Kirchen im Baltikum aufführten wie Vertreter der sowjetischen Besatzungsmacht: Sie hielten nicht an dem im orthodoxen Außenamt vorgeschriebenen Besuchsplan fest, sondern zeigten hier manchmal ohne jegliches Fingerspitzengefühl für die leidvolle Situation in den baltischen Republiken und die Nöte der baltischen Kirchen sogar mehr Interesse für die russische Kirche – die Kirche der Besatzungsmacht – als für die lutherischen Gastgeber. Praktische Hilfe für die baltischen Kirchen wurde unter großen persönlichen Opfern und Gefahren von deutschbaltischen Pastoren geleistet; diese Hilfsaktionen mußten unter höchster Geheimhaltung ohne offizielle Kenntnis der deutschen Kirchenleitungen durchgeführt werden.

Konflikte

Natürlich wollten die westlichen Kirchen den „*ecclesiae pressae*“ im Osten auch helfen. Viel konnte man allerdings nicht tun. Es gab nur die Möglichkeit, den Kirchen im Ostblock eine gewisse internationale Öffentlichkeit zu geben – sie also zu allen möglichen Konferenzen, zu bi- und multilateralen Dialogen, zu Kongressen usw. einzuladen und von ihnen eingeladen zu werden. Ein hoher Bekanntheitsgrad im Westen gab vor allem den Bischöfen aus sozialistischen Ländern einen gewissen persönlichen Schutz; auch mochten Kirchen mit Westkontakten bis zum gewissen Grade vor allzu plumpen Unterdrückungsmaßnahmen sicher sein.

Dennoch wirkten unter solchen Bedingungen die kirchlichen Kontakte der Ökumene zu den Kirchen der sozialistischen Länder vielfach eher systemstabilisierend. Denn um diese Kontakte mit den „Kirchen im Osten“ pflegen zu können, mußten sich die Kirchen im Westen an die sozialistischen Verhaltens- und „Sprachregelungen“ halten. Das hieß: einerseits verbale Unterstützung der Außenpolitik (a priori „Friedenspolitik“) des Warschauer Paktes unter Führung der Sowjetunion, andererseits das Unterlassen jeglicher Kritik im innenpolitischen Bereich; so mußten die kontaktpflegenden westlichen Kirchen stets darauf achten, daß nicht nur auf Kirchengipfeln, sondern auch im Rahmen ihrer eigenen Kirchen jegliche Kritik an der sowjetischen Religionspolitik unterblieb. So wurden zwar Repressionsmaßnahmen gegen Religionsgemeinschaften und Gläubige in westlichen Kirchenzeitungen meistens mit Schweigen übergangen – dafür kamen darin aber Kirchenvertreter aus dem Ostblock mit harmonisierenden Statements zu Wort.⁵

Die römisch-katholische Kirche nahm stets eine nüchternere, distanziertere Haltung gegenüber den sozialistischen Regimen ein; die Beziehungen des Vatikan zu den katholischen Kirchen in Osteuropa waren demzufolge oftmals äußerst kompliziert. Noch komplizierter waren die katholischen Beziehungen zu den orthodoxen Kirchen des Ostblocks, obwohl es Ende der 70er Jahre zu einer – scheinbaren – Annäherung der Russischen Orthodoxen und der römisch-katholischen Kirche kam (diese Phase ist verbunden mit dem Namen des russischen Metropoliten Nikodim [Rotov, 1929–1978], der bezeichnenderweise in den Armen von Papst Johannes Paul I. starb).⁶ Doch gab es auch im katholischen Umfeld einige

⁵ Der „Evangelische Pressedienst“ (46/1985), Frankfurt, und die „Lutherischen Weltinformationen“ (46/1985), Genf, publizierten 1985 unter anderem Auszüge eines Interviews mit dem Erzbischof der Ev.-Luth. Kirche Estlands, Edgar Hark: „Es gibt heute keine höhere und edlere Aufgabe, als den Frieden für die jetzigen und kommenden Generationen zu verteidigen und zu erhalten. Darauf sind auch alle Anstrengungen unserer (...) Kirche gerichtet. Die Lage in der Welt ist heute gefährlicher denn je, und die Hauptschuld daran haben die USA und ihre Verbündeten. Wie alle Sowjetbürger halten unsere (estnischen) Gläubigen den Kampf für den Frieden für ihre Gewissens- und Bürgerpflicht. (...) Wir billigen voll und ganz jene konstruktiven Vorschläge sowohl zur Abrüstung im allgemeinen als auch zu einzelnen Fragen der Rüstungsbegrenzung, die die Sowjetunion auf dem internationalen Schauplatz, darunter auch bei den Verhandlungen mit den USA, unterbreitet. Wir unterstützen aktiv die Bemühungen des Weltfriedensrates und des Sowjetischen Komitees zum Schutze des Friedens. Die Friedensbewegung unterstützen wir durch Übergabe von 10000 Rubel an den Friedensfonds. Aktiv beteiligen wir uns an der Tätigkeit der 1960 in Prag ins Leben gerufenen Christlichen Friedenskonferenz.“

⁶ Fairy v. Lilienfeld, Carl Christian Felmy, In memoriam Metropolit Nikodim von Leningrad und Novgorod, in: Kirche im Osten 21/22 (1978/79), S. 292-301; Gerd Stricker, Zwischen Kreuz und Sowjetstern. Zum Tode von Metropolit Nikodim vor 20 Jahren, in: G2W (1998), H. 5, S. 18 ff.

Persönlichkeiten und Institutionen, die enge Beziehungen zur Orthodoxie über alles stellten und die darüber den Repressionscharakter der sowjetischen Religionspolitik in ihren Publikationen weitgehend ausblendeten.

Wer auf die Verfolgungssituation der Gläubigen im Sowjetblock hinwies, wurde von westlichen Kirchenoffiziellen sehr schnell als „Kalter Krieger“, „Ewiggestriger“, „professioneller Antikommunist“ usw. apostrophiert. Informationen über Kirchenverfolgungen wurden kirchlicherseits mit dem Argument vom Tisch gewischt: Wenn in den sozialistischen Ländern Gläubige wirklich unterdrückt würden, dann wären die Gotteshäuser in Moskau, Leningrad, Belgrad, Bukarest oder Sofia nicht so hoffnungslos überfüllt, wie das jeden Sonntag zu sehen sei. Wies man aber darauf hin, daß diese Kirchen deshalb überfüllt seien, weil die Staatsorgane die meisten Gotteshäuser geschlossen hatten, so wurde man – wie etwa das Institut G2W – in offiziellen westlichen Kirchenkreisen als „Lügner“ qualifiziert.

Ziemlich schnell wurde das Institut G2W auch zur Zielscheibe kommunistischer Angriffe, die in der Behauptung gipfelten, das Institut werde von der CIA finanziert und gesteuert. Im Moskauer „Wörterbuch des Atheisten“ wurde G2W diffamiert; in der Auflistung „antisowjetischer“ Institutionen wurde das Institut zusammen mit „Keston College“ zu Kent (heute: Keston Institute, Oxford) regelmäßig geführt.

Es verwundert nicht, daß das Institut von östlichen Geheimdiensten beobachtet wurde. Verschiedentlich war die „Dokumentation“ des Instituts Zielscheibe von Einbrüchen. Im Februar 1992 und im September 1994 meldeten sich Theologen aus der DDR, die (als Austauschstudenten bzw. nach der Umsiedlung nach Westdeutschland) unter dem Vorwand, in Bibliothek und Dokumentation von G2W zu arbeiten, für die Stasi tätig waren.⁷ Die Freigabe der Stasi-Unterlagen ergab auch, daß der KGB die „Kollegen von der deutschen Bruderorganisation“ mit detailliertesten Rappports über die Bewegungen von G2W-Mitarbeitern in der Sowjetunion versorgt hatte.

Bedingte Akzeptanz seit Mitte der 80er Jahre

Im ersten Jahrzehnt seines Bestehens litt G2W unter Anfeindungen verschiedener evangelischer und katholischer Ämter sowie ökumenischer Gremien. Seit Mitte der 80er Jahre setzte sich jedoch bei den Landeskirchen und in den Genfer ökumenischen Gremien die Erkenntnis durch,

⁷ G2W (1992), H. 5, S. 6f.; G2W (1994), H. 12, S. 8.

daß G2W getreu seinem Arbeitsmotto „Reden, wo andere schweigen müssen“ das Anliegen der unterdrückten Gläubigen und ihrer Kirchen in Osteuropa überzeugend und – vor allem seriös – vertrat. Die zahlreichen Dokumente und Texte, die das Institut von Mitgliedern unterschiedlichster christlicher, jüdischer oder islamischer Gemeinden zugespielt bekam und die von G2W publiziert worden waren, machten deutlich, in welcher raffinierter und gleichzeitig rücksichtsloser Weise die diversen Behörden der sozialistischen Staaten den ohnehin schon geringen Bewegungsraum der Religionsgemeinschaften ständig beschnitten.

Eine offizielle Anerkennung der Arbeit von G2W durch die Landeskirchen in der Schweiz und in Deutschland erfolgte vor der „Wende“ nicht. Immerhin kam es aber nach 1985 doch zu einer gewissen Zusammenarbeit, die atmosphärisch zwischen „freundschaftlich“ und „gespannt“ schwankte und durch einen bemerkenswerten Ausspruch des damaligen Chefs des Kirchlichen Außenamtes der EKD in Hannover, Bischof Heinz-Joachim Held, charakterisiert wurde: „Wir in der EKD pflegen die offiziellen Kontakte zu den Kirchen im Sozialismus – Ihr bei G2W dokumentiert die antireligiösen Maßnahmen dort!“

Schwerpunkte der Zeitschrift

Die Sowjetunion nahm in der Forschungsarbeit des Instituts und in der Berichterstattung stets einen zentralen Platz ein. Hier war es in erster Linie die Russische Orthodoxe Kirche, deren Probleme (Manipulierung der leitenden Bischöfe durch die „Organe“, das Verhältnis Kirche – Staat, die Repressalien gegen Gläubige in der sowjetischen Provinz usw.) diskutiert wurden. Die katholische Kirche in Litauen erschien in der Regel als Beispiel kirchlichen Widerstandes – ähnlich wie die Griechisch-katholische Kirche der Brester Union (1596) in Galizien; in der Berichterstattung über die baltischen Republiken ging es häufig um die Hilflosigkeit oder gar Hörigkeit der lutherischen Kirchenleitungen gegenüber der sowjetischen Staatsmacht und um die Bemühungen der baltischen Völker, trotzdem ihre nationalen und kirchlichen Interessen zu wahren. Das Ceauşescu-Regime in Rumänien war ebenso ein Dauerthema wie die problematische Gratwanderung römisch-katholischer Bischöfe in Ungarn zwischen Anpassung und Standfestigkeit; immer wieder kam auch die vielgestaltige Religionslandschaft in Jugoslawien zur Sprache, wo in Slowenien, in Kroatien, in Serbien, Bosnien-Herzegowina, im Kosovo und in Mazedonien höchst unterschiedliche religiöse Verhältnisse herrschen.

Die Anpassung der protestantischen Kirchen in der ČSSR wurde der festeren Haltung der katholischen Kirche gegenübergestellt, obwohl die sog. Friedenspriester auch bei den Katholiken ein Problem darstellten. Immer wieder gab es Anlaß, den eigenen Weg der römisch-katholischen Kirche in Polen darzustellen – z.B. im Zusammenhang mit dem Danziger Aufstand, mit dem Ausnahmezustand 1980/81, ihr spannungsreicher Weg neben und mit der *Solidarność*; dabei wurden immer wieder die religiösen (und damit auch nationalen) Minderheiten in den Blick genommen: Orthodoxe und Griechisch-katholische/Unierte (Russen, Weißrussen, Ukrainer) und ihre spezifischen Probleme in Polen; verschiedene orthodoxe Studenten aus Polen (heute alle im Bischofsrang) weilten als Stipendiaten in der Schweiz. Bis 1989 gehörte die DDR ebenfalls zum Arbeitsgebiet von G2W – hier war der Blick schwerpunktmäßig auf die evangelischen Kirchen und die Umsetzung der These von der „Kirche im Sozialismus“ gerichtet, ohne daß die katholische Seite ausgeklammert wurde.

In der sog. „Rundschau“ (Nachrichtenteil), die ein Drittel des Gesamtumfanges der Zeitschrift *GLAUBE IN DER 2. WELT/G2W* (Format DIN-A4; 32 Seiten) ausmacht, wurden relativ kurze aktuelle Informationen abgedruckt: Vor allem waren es Nachrichten über Menschenrechtsverletzungen und über Gewissensgefangene in den Ländern des Ostblocks, über ihre Prozesse, ihre Haft- und Lagerstrafen, über Mißhandlungen oder auch über dubiose Todesfälle, über Kirchenschließungen (über den Bau neuer Kirchen konnte man nur selten berichten) usw. Im Hauptteil erschienen umfangreiche Dokumente und Texte (Berichte von Priestern und Gemeindegliedern über die Lage der Gemeinden „vor Ort“; Stellungnahmen von Bischöfen oder Verlautbarungen von Synoden; Gesetzestexte und Kommentare dazu) sowie Aufsätze über bestimmte Entwicklungen der Religionspolitik in den einzelnen Ostblock-Ländern und über aktuelle innerkirchliche oder ökumenische Probleme.

Neben der Monatszeitschrift publizierte das Institut bis Anfang 1987 14tägig seinen „Informationsdienst“, in dem wichtige aktuelle Informationen kommentarlos und weitgehend ungekürzt, meist aus slawischen Sprachen ins Deutsche übersetzt, vorgelegt wurden. Bevor der Eiserne Vorhang zu rosten begann, hatte der „Informationsdienst“ von G2W zehn Jahre lang Redaktionen in Europa und Amerika, denen es um eine realitätsbezogene Berichterstattung ging, als Grundlage ihrer Arbeit gedient.

G2W nach der Wende

Die Vorgänge, die in den einzelnen Ländern zum Kollaps des „real existierenden Sozialismus“ führten, wurden – unter spezieller Berücksichtigung der kirchenpolitischen Aspekte – in der Zeitschrift G2W sorgfältig dokumentiert. So ist es noch heute hochinteressant nachzulesen, wie unterschiedlich die Entwicklungen beispielsweise in Estland und Lettland verliefen. In Lettland wurde am 11./12. April 1989 die gesamte Kirchenleitung, d.h. das Konsistorium (einschließlich Erzbischof Eriks Mesters), gestürzt – mit einer Argumentation, die der zeitweise suspendierte, in der nationalen Erweckungsbewegung aktive Propst Modris Plate formuliert hatte: „Dieser Kirchenleitung war die Gunst der sowjetischen Behörden stets wichtiger als das Wohl unserer Gemeinden!“⁸ Die lutherische Kirche in Lettland hat lange unter dieser Radikalkur einer gleichzeitigen Abwahl der gesamten Führung zu leiden gehabt.

Anders liefen die Dinge in Estland ab, obwohl die Ausgangssituation genau die gleiche war. Man wählte (am 12./13. Juni 1990) fünf von sechs Konsistoriumsmitgliedern ab – jedoch wurden Erzbischof Kuno Pajula sowie einer der alten Konsistorialräte im Amt belassen.⁹ Letzterer wurde später abgelöst, der Erzbischof trat an seinem 70. Geburtstag zurück. So blieb der lutherischen Kirche Estlands das faktische Interregnum, unter dem die lettische Kirche jahrelang gelitten hatte, erspart.

Neue Probleme – neues Profil

Nach dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ erhielt die Arbeit von G2W ein anderes Profil. Religionsfreiheit und Menschenrechte im bisherigen allgemeinen Sinne bildeten in den postkommunistischen Staaten seit 1991 keine brisanten Problemfelder mehr: In den meisten einst sozialistischen Ländern wurden nach dem Umsturz zunächst einmal alle Religionsgemeinschaften von den bisherigen Fesseln befreit. Symptomatisch war das sowjetische Religionsgesetz vom Oktober 1990, das, westliche Modelle nachahmend, generelle Religionsfreiheit und allen Religionsgemeinschaften absolute Rechtsgleichheit zusicherte.¹⁰ Die Mo-

⁸ G2W (1989), H. 5, S. 11 f.; H. 9, S. 21 ff.

⁹ G2W (1990), H. 7-8, S. 11 f.

¹⁰ Die ungewohnte Religionsfreiheit beseitigte alle Schranken, die die Religionsgemeinschaften bisher an ihrer Entfaltung gehindert hatten. Der erwähnte Grundsatz der absoluten Rechtsgleichheit für alle Religionsgemeinschaften in einem Lande hob Minderheitenkirchen in eine rechtliche Position, die sie in ihrer Geschichte nie

monitoring groups der KSZE (später OSZE) und der Helsinki-Vereinigungen, die die Entwicklung der Menschenrechte in den postkommunistischen Staaten beobachten sollten, fanden auf religiösem Gebiet immer weniger Anlaß zu Protesten. Statt dessen entstanden neue Problemfelder.

In diesem Kontext drangen in alle postkommunistischen Staaten neue (z. T. pseudo-)religiöse Gruppierungen ein, die die orientierungslos gewordenen „homines sovietici“ umwarben. Und auch Protestanten und Katholiken sind angeblich im Begriff, die slawischen, einst orthodoxen Völker an sich zu ziehen. Die kirchliche Verteidigungsstrategie ist überall ähnlich und folgt dem Vorbild der beunruhigenden radikal-nationalistischen Tendenzen in allen diesen Ländern: Dominanz des nationalen Elements in den Kirchen, eine zum Teil aggressive anti-westliche Haltung. Z. B. erklärte das Moskauer Patriarchat die ehemalige Sowjetunion zu ihrem „Kanonischen Territorium“, auf dem nicht-orthodoxe (z. B. westliche) Kirchen grundsätzlich nichts zu suchen haben. Und in fast allen postkommunistischen Staaten wurden seit 1997 Gesetze beschlossen oder in Angriff genommen, die die Rechte nicht-orthodoxer Kirchen einzuschränken und neue religiöse Gruppen rechtlich auszugrenzen versuchen. Dabei bleibt die Haltung der dominierenden orthodoxen Kirchen merkwürdig zwiespältig, wenn neue religiöse Gruppen mit orthodoxem Hintergrund entstehen (am bekanntesten wurden in Rußland die „Weiße Bruderschaft“, „Gottesmutterzentrum“, der neue „Vissarion-Christos“ u. a.).

Zwar kam es zu Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Religionen (Orthodoxie – Islam) und Denominationen (Orthodoxe – Katholiken/Unierte), häufiger sind aber Spaltungen innerhalb einzelner Religionsgemeinschaften – bisher nicht in der katholischen Kirche, aber im Islam, im Judentum, in der Orthodoxie, unter den Lutheranern, den Baptisten u. a. (Angesichts der vom Sowjetstaat erzwungenen Zusammenschlüsse und nach über 70jähriger Unterdrückung jeglicher theologischer Diskussion kann man in diesen Aufsplitterungen vielleicht auch längst notwendige Differenzierungen sehen.) Es sei nur an die Orthodoxie in der Ukraine erinnert, die sich bis 1989 (ebenfalls infolge staatlicher Zwangsmaßnahmen) ausschließlich in Gestalt des Moskauer Patriarchats präsentierte – wo sich aber heute mindestens vier Kirchen Konkurrenz machen (die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats; die Ukrainische Orthodoxe Kirche – Patriarchat Kiev; die Autokephale

kennengelernt hatten. Das bedeutete, daß in der Rußländischen Föderation 1990 bis 1997 beispielsweise eine neoreligiöse (Pseudo-) Sekte (Moon, Scientology, Kinder Jesu u. a.) oder eine Hare-Krishna-Gruppe den gleichen Rechtsstatus einer juristischen Person besaß wie eine Gemeinde der über 1000jährigen Russischen Orthodoxen Kirche.

Ukrainische Orthodoxe Kirche und schließlich die Griechisch-Katholische Kirche [Union von Brest 1596]).

Kirchen und Radikal-Nationalismus

Die früheren orthodoxen Volkskirchen werden von instabilen Regierungen gern wieder in die Rolle von Staatskirchen gedrängt; oft erwarten diese früheren Staatskirchen ihre einstigen Privilegien zurück. Das Wichtigste ist ihnen, als dominierende Kirche im Lande zu gelten; andere Religionsgemeinschaften sollen einen minderen Rechtsstatus erhalten. In besonderem Maße gilt dies für Kirchen nationaler Minderheiten. So reflektiert die religiöse Problematik vielfach auch die Nöte nationaler Minderheiten in einer Zeit, da die wirtschaftliche Not und das ideologische Vakuum durch Hypernationalismen kompensiert werden. Z. B. wirkt sich die repressive Nationalitätenpolitik in Rumänien auch auf die Situation der Kirchen der ungarischen Minderheit und der Siebenbürger Sachsen aus. Die aggressive Haltung aller orthodoxen Kirchen gegenüber der römisch-katholischen Kirche richtet sich kaum gegen katholische Russen, Bulgaren oder Serben, die es bisher kaum gibt: Die orthodoxen Ressentiments gegen die römische Kirche richten sich in den einzelnen Regionen gegen bestimmte nationale Minderheiten, die (in den Augen der orthodoxen Slawen) gegenüber der Orthodoxie eine historische Last tragen – etwa gegen Polen in Rußland oder Ungarn in Rumänien.

Seit mehr als einem halben Jahrzehnt nimmt die Berichterstattung über die erschütternden Vorgänge auf dem Balkan einen immer größeren Raum in der Zeitschrift ein. Neben der Kommentierung der politischen Vorgänge stand immer die Frage im Vordergrund, wo die einzelnen Religionsgemeinschaften (Orthodoxie – Islam – Katholische Kirche) in den diversen Konflikten standen (und heute stehen) und ob bzw. wie sie versuchten, mit ihren Mitteln den Konflikt einzugrenzen. Die Publikation von Dokumenten der Serbischen Orthodoxen Kirche und ihrem Umfeld sowie die Einschätzung der unterschiedlichen Positionen serbisch-orthodoxer Bischöfe in der Zeitschrift zog dem Institut G2W zunächst wieder den Unwillen der orthodoxophilen Kirchenkreise in der Genfer Ökumene und anderswo zu, bis schließlich nicht mehr ignoriert werden konnte, daß die Serbische Orthodoxe Kirche – nicht immer ihre Bischöfe, aber viele Priester – dazu beigetragen hatten, daß die Entwicklung auf dem Balkan außer Kontrolle geriet.

Zielgruppen der Zeitschrift G2W

Die Zeitschrift G2W ist – dank Gratis-Lieferung – an fast allen theologischen Einrichtungen in den postkommunistischen Ländern vorhanden und wird, was sich an den zahlreichen Zuschriften zeigt, intensiv zur Kenntnis genommen: Die ältere Theologen-Generation liest vielfach noch deutsch. Davon ausgehend wurde das Arbeitsziel des Instituts neu definiert: Durch kirchengeschichtliche und konfessionskundliche Beiträge sollen die zahlreichen Denominationen mit anderen religiösen Gemeinschaften bekannt gemacht werden, die sie in kommunistischen Zeiten höchstens vom Namen her kannten. Dahinter steht der Gedanke, daß Angehörige einer bestimmten religiösen Gruppierung ihre tief sitzende Furcht vor anderen Religionen oder anderen christlichen Bekenntnissen abbauen und diese nicht mehr automatisch als Gegner oder Konkurrenten betrachten, wenn sie über diese „anderen“ etwas erfahren – wenn sie diese „anderen“ z.B. als christliche Schwesterkirchen erkennen. Zur sozialistischen Religionspolitik hatte es gehört, getreu dem Motto „divide et impera“ zwischen den Religionsgemeinschaften tiefes Mißtrauen, ja regelrechte Gegnerschaft zu provozieren. Das wirkt bis heute nach. Die Zeitschrift G2W versucht deshalb, theologischen Ausbildungsstätten im früheren Ostblock religions- und konfessionskundliches Informationsmaterial an die Hand zu geben, das zur Schaffung erster Grundlagen überkonfessionellen – ökumenischen – Denkens beitragen soll.

In ähnlicher Weise versucht G2W nationale Konflikte, die jeweils auch ihre religiöse Komponente haben, durch Rückgriffe auf die Geschichte der involvierten Völker, des jeweiligen Landes oder Staates und durch Darlegung der gesamtpolitischen Situation der Region in ihren unterschiedlichen Entwicklungssträngen verständlich zu machen. Durch die gemeinsame Mitarbeit an der Zeitschrift G2W, durch die Einladung von Geistlichen und Laien „gegnerischer“ Volksgruppen zu Konferenzen und sonstigen Anlässen lernen sich ihre „opinion-leaders“ kennen und kommen oftmals schnell in ein sachliches oder sogar freundschaftliches Gespräch. Mehr ist als Anfang gar nicht nötig: Die Angst vor dem „Gegner“ ist geschwunden. Nicht zuletzt auch durch Projektarbeit auf der mittleren und der unteren Ebene, in die ganz bewußt „gegnerische“ Volksgruppen (Rumänen und Ungarn, Russen und Polen, Tschechen und Deutsche usw.) gemeinsam einbezogen werden, gelingt es punktuell, ethnische Spannungen und Vorurteile abzubauen.

Ein dritter Ansporn kommt – in Form Hunderter von Leserbriefen – ebenfalls aus den ex-kommunistischen Ländern: G2W informiere zuverlässig nicht nur über die kirchliche Situation in heutzutage oft unerreich-

baren Ländern, sondern die Zeitschrift mache auch „mit dem bekannt, was in unserem Land, in unserer Stadt, ja: in unserer Straße“ auf dem kirchlichen Sektor geschieht. „Erst aus G2W haben wir Kenntnis erhalten von tragischen Vorgängen in einer anderskonfessionellen Gemeinde in unserer unmittelbaren Nachbarschaft – und wir konnten angemessen reagieren“, heißt es in einem Brief aus Ostpolen (1998).

Schließlich nimmt die Zeitschrift weiterhin ihre ursprüngliche Hauptaufgabe wahr: das Informieren von Menschen im ehemaligen „Westen“ über Kirchen und Religionsgemeinschaften in den einst sozialistischen Staaten. Es hat sich mittlerweile überall die Erkenntnis durchgesetzt, daß die illusionslose, nüchterne und fachkundige Berichterstattung von G2W letztlich hilfreicher ist als euphorisch gefärbte Legenden. Die fünf wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts sind als Referenten und als Experten im In- und Ausland gesucht – ob es sich um fundierte Analysen der politischen, ethnischen und religiösen Situation auf dem Balkan handelt oder ob Expertisen über die religiöse Lage in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion gewünscht werden (z.B. über den orthodox-katholischen Konflikt in Rußland; den Proselytismus-Vorwurf der Orthodoxen gegen die Kirchen des Westens auf dem „Kanonischen Territorium der Russischen Orthodoxen Kirche“, d.h. auf dem Gebiet der alten Sowjetunion; über die Lage der Unierten in der Ukraine; den neuen Antisemitismus in Rußland; das Wiederaufleben der Eurasischen Idee; die Massenemigration der Rußlanddeutschen und das Schicksal ihrer Kirchen usw.) oder ob Fragen zu Minderheitenkirchen in Polen (Orthodoxe, Lutheraner, Reformierte) oder zur jetzigen Position der Kirchen in Tschechien zu Flucht und Vertreibung der Deutschen gestellt werden.

Projektarbeit

Der Zusammenbruch des alten Systems macht humanitäre Hilfe für die leidende Bevölkerung notwendig. G2W ließ in Moskau eine Filiale registrieren, von der aus Projekte geplant, organisiert und kontrolliert werden. Es handelt sich um die Förderung sinnvoll erscheinender Projekte, die Glieder von Kirchengemeinden oder auch von Kommunen in Eigeninitiative begonnen hatten, denen es dann aber an logistischer und finanzieller Hilfe fehlte. Bei den G2W-geförderten Projekten handelt es sich überwiegend um soziale Maßnahmen (Hilfe für Straßenkinder, Altenheim und Altenbetreuung, Hilfe für Hörgeschädigte, Schreinerlehrwerkstatt in Moskau, Organisierung des Dienstes orthodoxer Priester in Gefängnissen und Straflagern Rußlands, Aufbau orthodoxer Kapellen in

Straflagern, juristischer Beistand bei der Revision offensichtlicher Fehlurteile). – Sozialprojekte in Rumänien und in Ungarn werden durch regelmäßige Reisen an die Projektorte von der Schweiz aus betreut.

Ein weiteres Projekt umschreibt der Begriff „Literaturhilfe“. Im wesentlichen sind dies zwei Bereiche: (Mit-)Finanzierung theologischer und kirchenhistorischer Werke bzw. deren Übersetzung sowie Zurverfügungstellung dringend benötigter Literatur:

1. Die von G2W initiierte und (mit-)finanzierte Reihe „Das Internationale Theologische Buch/IThB“ umfaßt mittlerweile 34 ungarischsprachige Titel. Im russischen Sprachraum hilft G2W bei der Finanzierung von Neuauflagen nicht mehr greifbarer Werke (vorrevolutionärer) Kirchenhistoriker (E. Golubinskij) und von Werken zeitgenössischer Kirchenhistoriker (Dmitri Pospelovskij, Gerd Stricker). Neben Druckbeihilfen und Unterstützung theologischer Ausbildungsstätten in Polen, Tschechien, der Slowakei, Rumänien (rumänische, ungarische und siebenbürgisch-sächsische), Litauen und Lettland besteht ein besonderer Schwerpunkt des Wirkens von G2W in der Finanzierung der Übersetzung deutschsprachiger theologischer Grundlagenliteratur ins Estnische (in Zusammenarbeit mit der Theologischen Fakultät in Tartu).
2. Die Beschaffung theologischer und kirchenhistorischer Literatur für theologische Einrichtungen im früheren sowjetischen Machtbereich folgt keinen konfessionellen oder nationalen Schwerpunkten. Je nach finanziellen Möglichkeiten sucht G2W möglichst vielen Bücherwünschen theologischer Seminarbibliotheken nachzukommen. Grundlegenden Werken muß dabei der Vorrang vor Spezialliteratur gegeben werden.

Verlag und Publikationstätigkeit

Zum Institut gehört auch der „G2W-Verlag“, in dem Titel zu den verschiedenen Aspekten der Arbeit des Instituts erschienen sind, z.B.

- Anatolij Levitin, Vadim Šavrov, Beiträge zur Geschichte der russischen kirchlichen Wirren (= Erneuererbewegung), russisch (1978);
- Mit-Leiden. Russische Christen und Atheisten im Dialog. Vorwort: Lew Kopelew (1983);
- Eugen Voss (Hrsg.): Die „Religionsfreiheit“ in Osteuropa (1984);
- Ottokar Basse (Hrsg.): Kirche im sozialistischen Gesellschaftssystem. Begegnungen – Erfahrungen – Einsichten (1986);
- Gerd Stricker (Hrsg.): Religionen in der UdSSR. Unbekannte Vielfalt in Vergangenheit und Gegenwart (1989);

- Peter Fabian: Im Glauben stark. Katholiken in Osteuropa (1989);
- Hans Sievers: Stundenbuch einer Revolution. Die Leipziger Kirchen im Oktober 1988 (1990);
- Pavel Uhorskai: Von Gott will ich nicht lassen. Erinnerungen eines Bischofs an die Stalinzeit in der Slowakei (1994);
- Wilhelm Kahle: Evangelische Freikirchen und freie Gemeinden im Russischen Reich, in der Sowjetunion und den Nachfolgestaaten (1995);
- Jan Twardowski: Wenn du betest, atmet Gott in Dir. Religiöse Lyrik aus Polen. Übersetzt von Rudolf Bohren jr. (1996).
- Swatopluk Karasek: Der durchnässte Pfarrer. Übersetzt von Rudolf Bohren jr. (2000).

Der Leiter des Instituts G2W, Erich Bryner, und der wissenschaftliche Mitarbeiter Gerd Stricker publizieren in anderen Osteuropa-orientierten Zeitschriften der Schweiz, Deutschlands, Englands und Rußlands. Von Erich Bryner liegt eine Buchproduktion in der Evangelischen Verlagsanstalt zu Leipzig vor (orthodoxe Kirchengeschichte), von Gerd Stricker Titel zur russischen Kirchengeschichte (Gerd Mohn, Gütersloh; Martin-Luther-Verlag, Erlangen; Propyläen, Moskau) sowie zur Geschichte der Deutschen in Rußland (in der Reihe „Deutsche Geschichte im Osten Europas“ im Siedler Verlag, Berlin). Rudolf Bohren jr. übersetzt religiöse Lyrik aus westslawischen Sprachen ins Deutsche.

Perspektiven

Trotz dieses weiten Arbeitsfeldes und trotz seiner jetzigen Akzeptanz, die das Institut in seiner über 25jährigen Geschichte nie erlebt hatte, ist seine Zukunft ungewiß. Da als Träger des Instituts im wesentlichen die etablierten Kirchen in Betracht kommen, ist das Institut vom finanziellen Notstand der Kirchen, der mittlerweile auch die Schweiz erreicht hat, voll betroffen. Die landeskirchlichen Beiträge sind auf knapp 35% des Jahresetats geschrumpft (früher machten diese Beiträge über 60% aus); die Streichung weiterer Zuwendungen ist bereits angekündigt. Private Förderer können das Institut zwar eine Zeitlang tragen, doch ist dies keine zukunftsträgliche und stabile Finanzierungsgrundlage. Wie viele wissenschaftliche Institutionen in Deutschland ist deshalb auch das religionskundliche Institut G2W in Zollikon bei Zürich in verstärktem Maße auf private Sponsoren angewiesen.

Gerd Stricker, Zürich

The Estonian Institute of Humanities: Twelve Years of Independent Higher Education in Estonia

In 1988, the Czech Catholic „dissident“¹ philosopher Václav Benda coined the expression „parallel *polis*“, which can be used as a catchword to characterise one certain strategy of opposition, pleaded by intellectuals in Central and Eastern Europe. The strength of that strategy was that it was based on one of the actual corner-stones of the real socialist economic and social system: private, informal networks. As a result of economic shortages and the uncertainty and bureaucratic barriers that people had to cope with in their everyday lives, these networks became an indispensable, but officially unrecognised part of social organisation. The term „parallel *polis*“ stood for the possibility of organising an independent society within the dominant one; for creating out of independent communities „the foundation of a better society“, as expressed by Václav Havel in 1978. Ten years later, Benda presented a critical overview of the oppositionaries' activities. „In one area we failed catastrophically: independent education. (...) (W)e must consider the area of schooling and education as one of our main priorities.“²

In Soviet Estonia of 1988 the time had come for similar ideas. Making fervent use of the political liberalisation brought about by Soviet *perestroika* and *glasnost*, Estonians were busy in founding new organisations which formally were cultural in essence, but in that context were highly political. In that year, a group of oppositionary intellectuals founded what was to become the first private university in the Soviet Union, and certainly also one of the first in the whole of Central and Eastern Europe. The Estonian Institute of Humanities (EIH) worked first as a cooperative under the auspices of the Writers' Union of the Estonian SSR. The aim of the Institute first was to offer supplementary education in subjects, which the official system of state higher education did not recognise, or which were taught in an ideologically distorted way. During the first years, a selection of courses was taught in, for example, philosophy, semiotics, history, theology, sociology, and especially foreign languages. The Institute's long-time rector, Dr. Rein Raud, who eventually

¹ Etymologically, the word „dissident“ denotes a person whose opinions differ fundamentally from those of the rest of the society. This, however, was not the case with the opposition in Central Europe; for a discussion of the term, cf. Václav Havel, *Open Letters*. New York 1992, pp. 167-171.

² Václav Benda (et al.), *Parallel Polis, or an independent society in Central and Eastern Europe: An inquiry*, in: *Social Research* 55 (1988), Nos. 1-2, pp. 214-222.

was appointed Professor in Japanese philology at the University of Helsinki, continued his activities at the Institute as well and created the first B.A. programme of Oriental Studies in Estonia.

From 1992/93, the work of the Institute was reorganised as study programmes leading to Bachelor's degrees. At present, these programmes consist of studies in Cultural theory, English language and culture, Estonian language and culture, German studies, History, Literature and semiotics, Oriental studies, Philosophy, Romance studies, Sociology, and Theatre studies. Five different M.A. courses are available, and an application for the opening of Ph.D. courses will be presented to the Estonian Ministry of Education in near future.

Although private institutions of higher education by now have become numerous in Estonia, the EIH has remained the only one focusing on humanities. The Estonian Ministry of Education gradually started a process of formal quality control of the education in all private and state universities. By now, five of the B.A. programmes have gained formal accreditation. Even other programmes have been evaluated with positive results by the government-appointed international expert commission, but official decisions are still lacking.

The Institute has remained small, with less than 400 students and an academic staff of 24 full-time persons and about 35 teachers of occasional courses. Research activities are related mainly to different aspects of interpreting culture and discourse: poetical language (Mikhail Lotman), Japanese classical poetry (Rein Raud), early English language and literature (Arthur Kincaid), discourse and hegemony in the post-communist change (Mikko Lagerspetz), etc. In Estonian intellectual life, the EIH has gained the reputation of an importer of fresh theoretical approaches. We have also tried to introduce new teaching methods and to give the students a more independent role in the learning process and in the planning of their studies. Although the EIH does no longer need to oppose a despotic state, we still regard the renewal of the Estonian system and practices of higher education as a process that is in need of our participation. We not only criticise the Soviet view of education as „received“ knowledge, which still flourishes in state universities, but also the wish to subject higher education to quasi-market calculations of its „effectivity“ in the production of professionals.

Economically, the EIH depends mainly on the tuition fees paid by students. Although this means of financing seems to be sufficient for the numerous private institutions offering education in business and law, it has not guaranteed economical security to the EIH. The economical situation of the students has been affected by the Estonian post-socialist economic

recession. Understandably, the tuition fees must be kept lower than in the business-oriented schools. The variety of courses offered puts additional strain on the budget. The financial support given by the state has been insufficient and unpredictable. At the same time, the Ministry of Education has recently issued new regulations concerning the financial basis of educational institutions. According to the Ministry, a private university should not work in rented rooms, but be in possession of both land and real estate. At present, the EIH is unable to fulfil requirements of this kind.

In conclusion, it can be said that the first private university in Estonia has been only partially successful in its pursuits. Through inner development it has been able to create several well-functioning, up-to-date educational programmes, and a stimulating intellectual environment. On the other hand, it has remained a small institution, of which not much is known by the wider world. Furthermore, it still has not been able to find adequate sources of income. It may eventually have to give up its role as an independent private institution. In a sense, the development of the EIH is illustrative of the overall fate of the ideas of opposition intellectuals from the late 1980s. To what extent will they be able to resist the inertia and corporate interests of the state institutions on the one hand, and the short-sighted pragmatism of new capitalist entrepreneurs on the other? Have they been able to influence society's overall intellectual atmosphere, or have they remained merely a marginal, subcultural phenomenon? The future of the EIH remains unclear, as does that of much of the legacy of the Central and Eastern European revolutions of ten years ago.

Address:

Estonian Institute of Humanities

Salme 12

EE-10413 Tallinn

tel. +372-641 6422, fax +372-641 6422

e-mail: <mikko@ehi.ee>

Mikko Lagerspetz, Rector, Tallinn